

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

**Insertate**

1/4 Sgr. für die fünfgespal-  
tene Zeile oder deren Raum,  
Reklamen verhältnismäßig  
höher, sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 17. November. Se. Majestät der König haben Allernachst geruht: Dem Rittmeister a. D. und Erb-Marshall in Alt-Vorpommern Freiherrn Gustav von Malgahn die Kammerherrn-Würde zu verleihen; den Ritterschleifer Wilhelm Fontaine auf Deutsch Kräwarin im Kreis Ratibor in den Adelsstand zu erheben; den Kreisgerichts-Rath von Diemar aus Glogau zum Appellationsgerichts-Rath in Bromberg zu ernennen; und dem Berg-Inspektor Ulrich zu Königsbütte in Oberschlesien den Charakter als Berg-Rath zu verleihen.  
Der praktische Arzt Dr. Werner in Dirschau ist zum Kreis-Wund-  
arzt des Kreises Pr. Stargardt ernannt worden.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 16. November, Nachmittags. In der heuti-  
gen Sitzung des Abgeordnetenhauses machte der Justizmi-  
nister die Mittheilung, daß der Deputirte v. Rogawski ab-  
instantia freigesprochen sei. Der Antrag des Deputirten  
Berger, diese Angelegenheit einem Special-Ausschusse zu  
überweisen, wurde unterstützt.

Im Herrenhause legte Graf Mensdorff-Pouilly den  
aus Anlaß der Thronbesteigung des früheren Erzherzogs  
Maximilian, jetzigen Kaisers von Mexiko, geschlossenen Fami-  
lienpakt vor.

In beiden Häusern des Reichsrathes beschloß man die  
Einsetzung von Ausschüssen zum Entwurf einer Adresse auf  
die Thronrede.

Wien, 16. November, Abends. Die „Generalkorre-  
spondenz“ meldet, daß die Auswechslung der Ratifikationen  
des Friedensvertrages heute Mittag in Wien stattgefunden  
habe. — Der Legationssekretär Kapitän Wille bleibt, wie  
das genannte Blatt ferner meldet, als dänischer Geschäfts-  
träger in Wien.

## Der Tag.

**Preußen.** — Berlin, 16. November. [Aus der  
Prov.-Korrespondenz.] Die heutige Prov.-Korr. enthält viele  
interessante Einzelheiten; so finden wir einen Auszug aus dem Bericht  
des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten über die  
Verwaltungsperiode von 1861—1863, welcher uns den großen Auf-  
schwung zeigt, den der öffentliche Verkehr in den letzten Jahren genommen.  
Im Postwesen hat eine sehr erhebliche Erweiterung aller Betriebs-  
zweige stattgefunden. Die Zahl der Postämter und Expeditionen ist  
von 2026 auf 2360, die Meilenzahl, welche von den gewöhnlichen Posten  
zurückgelegt wurden, von 4,389,802 auf 4,788,091 M., die Meilen-  
zahl der Posttransporte auf Eisenbahnen von 1,759,732 auf  
2,418,964 gestiegen. Die Gesamtzahl der Postsendungen betrug  
1863 schon 187,049,133 gegen früher, 157,796,925 mit einem  
Werthbetrag von 1500 Millionen Thlr. Die Zahl der Reisenden stieg  
von 3,116,956 auf 3,518,300. Das Personal der Postverwaltung,  
außer den Posthaltern und Postillon, bestand aus 17,613 (früher  
14,879) Personen. Obwohl der Postzwang aufgehoben ist, stieg die  
Zahl der von Privatpersonen mit der Post beförderten Pakete von  
11,368,816 auf 14,602,991 Stück. Der Postzwang besteht nur  
noch für verschlossene Briefe, politische Zeitungen und gemünztes Geld  
und Papiergeld; für letzteres ist jedoch schon die Aufhebung des Post-  
zwanges eingeleitet. Die Tage des Briefporto's ist vereinfacht, und  
während es sonst 6 Stufen gab, giebt es heute nur 3; dabei erfahren wir  
die wichtige Notiz, daß ein gleichmäßiges Porto von einem Silbergrösch  
für die ganze Monarchie beabsichtigt wird, und baldigst durch Abschaf-  
fung des dritten Satzes von 3 Sgr. und durch Ausdehnung der ersten  
Zone von 10 auf 20 Meilen vorbereitet werden soll. Die Landbriefbestel-  
lung hat Verbesserungen erfahren, und wird die Erhöhung der Löhnung der  
Landbriefbesteller fortwährend im Auge behalten. Wie in Berlin sind  
auch in Breslau und Köln Nebenpostbüros eingerichtet. Neue Post-  
verträge sind mit England, Frankreich, Belgien, Niederlanden, Spanien,  
Portugal, Italien, Schweden und Rußland abgeschlossen. Die Ein-  
nahmen der Postverwaltung im Jahr 1863 betrugen 12,821,826 Thlr.,  
die Ausgaben 10,812,733 Thlr., Ueberschuß 2,009,093 Thlr.

Gleich große Fortschritte hat das Telegraphenwesen gemacht.  
Die Zahl der in Preußen aufgegebenen Depeschen stieg von 327,183  
auf 877,583.

Neue Telegraphenlinien (1858—1860 nur 225) jetzt 442 Mei-  
len; neue Leitungen auf alten Linien 1359 (1858—1860 nur 997)  
Meilen. Troßdem betrugen die neuen Anlagelosten nur 392,000 Thlr.,  
die früheren 500,000 Thlr.; die Gesamtlänge der Linien 1482 Mei-  
len (früher 1040 M.), die Länge aller Leitungen 4303 Meilen (früher  
2943). Die Telegraphen-Stationen haben sich von 118 auf 297  
vermehrte, der Tarif ist wiederholt ermäßigt. Das Personal bestand aus  
103 Oberbeamten, 590 Telegraphisten und 99 Boten; die Ueberschüsse  
betrugen durchschnittlich 267,840 Thlr.

Die Länge der Eisenbahnen stieg von 705 auf 792 Meilen  
(Preußen 70, Posen 56, Brandenburg 113 1/2, Pommern 58 1/2, Schle-  
sien 156, Sachsen 95, Westphalen 97 1/2, Rheinprovinz 151); auf 6 1/2  
Quadratmeilen 1 Meile Eisenbahn, also hinter England, gleich Frank-  
reich, vor Oesterreich und weit vor Rußland. Im Bau begriffen sind  
109 Meilen (10 Linien) und in 3 Jahren zu vollenden; in Aussicht  
genommen 12 Linien mit 134 1/4 M. Die vom Staat übernommene  
Zinsgarantie betrug 1860: 99,609,900 Thlr., 1863: 140,590,000  
Thlr. oder eine jährliche Zinssumme von 5,187,850 Thlr. Die wirklich

geleisteten Zuschüsse betrugen früher 3,910,076 Thlr., jetzt 3,298,812  
Thlr. Keines Zuschusses bedurften die Linien Köln-Minden, die Ober-  
selsche mit Breslau-Posen-Glogau, Stargard-Posen, Ruhrtort-Glab-  
be, des geringen Aachen-Düsseldorf; eines bedeutenden Deutz-Gießen  
nach Rheinbrücke bei Köln, Hinterpommern, Sieg-Ruhr und Rhein-  
Hagen. Die Einnahme von den garantirten Bahnen beträgt bis Ende  
1863: 9,479,189 und übersteigt um mehr als 2 1/4 Mill. die Ausgaben  
für die übernommenen Garantien. — Die Brutto-Einnahme betrug  
1863: 12,924,761 Thlr. (1860: 8,986,155 Thlr.); der Ueberschuß  
6,095,638 Thlr. (gegen 4,178,899 Thlr.); die Verzinsung über 6%  
(gegen 4%); die Brutto-Einnahme ist also um 43, die Verzinsung um  
47 % gestiegen. Der Gesamtgewinn aus den Eisenbahnen betrug  
1863: 4,932,802 Thaler.

Ein anderer Artikel bespricht die in den Herzogthümern immer  
stärker hervortretende Sympathie für Preußen, die Rede des Erbprinzen,  
die Sendung des Herrn v. Moltke, und daß es bei den vertraulichen  
Besprechungen mit Herrn v. Bismarck „sich nur um eine vorläufige  
Aussprache für den Fall handeln konnte, daß bei der schließlichen Ent-  
scheidung über die Herrschaft in Schleswig-Holstein die Ansprüche des  
Erbprinzen wirklich zur Anerkennung gelangen. Diese Entscheidung  
wird nach dem definitiven Abschluß des Friedens alsbald weiter in die  
Wege zu leiten sein.“ Ferner erfahren wir, daß der endgültige Abschluß  
des Friedens in den nächsten Tagen spätestens bis Sonntag zu erwarten  
stehe. Zur künftigen Besetzung der Elbherzogthümer sind bestimmt:  
Das 6. Inf.-Reg. (Nr. 43) vom I. Armee-Korps, das 8. Pomm.  
Nr. 61 vom II., das Magdeb. Inf.-Reg. (Nr. 36) vom IV., des 4.  
Pos. Inf.-Reg. (Nr. 59) vom V., des Schles. Grenadier-Reg. Nr. 11  
vom IV., das 1. Rhein. Inf.-Reg. (Nr. 25) vom VIII., das Rhein.  
Drag.-Reg. (Nr. 5), das Magdeb. Drag.-Reg. (Nr. 6) und die 3.  
Gpfind. Batterie des schlesischen Feldartillerie-Reg. Nr. IV.

Die Entfernung der Bundesexekutionsstruppen aus Holstein wird,  
wie die „Prov.-Korr.“ weiter meldet, gleich nach Erfolg der Bestätigung  
des Friedensvertrages weiter in Anregung kommen. In Betreff der  
Jolleinigung wird an der Behauptung unserer Selbstständigkeit in der  
Handelspolitik festgehalten und die Nachricht, daß Preußen zugesagt habe,  
Alles gewähren zu wollen, was Bayern und Sachsen an Oesterreich zuge-  
stehen möchten, für völlig sinnlos und böswillig erfunden erklärt, und  
zuletzt noch erfahren wir, daß der Landtag wahrscheinlich in der ersten  
Hälfte des Monats Januar zusammentreten wird.

— Se. Maj. der König hat, wie die „Z. C.“ meldet, gleich nach  
der von Allerhöchstdemselben vorgestern vollzogenen Ratification des  
Friedens-Instrumentes dem Minister-Präsidenten Freiherrn v. Bis-  
marck, die Insignien des Schwarzen Adler-Ordens zu über-  
reichen geruht. „Se. Maj. knüpfte“, wie die „Z. C.“ weiter berichtet,  
„an diesen Akt höchst schmeichelhafte Worte der Anerkennung für die  
Ausdauer, den Scharfsinn und die Vaterlandsliebe, welche der Chef des  
Ministeriums bei der so schwierigen und mit so ernststen Gefahren um-  
gebenen Leitung des dänischen Konflikts bewiesen.“

— Die Nachricht über den zum zweiten Geschäftsinhaber der  
Deutschen Genossenschaftsbank ernannten Herrn Parrsius  
beruht nach der „V. H. Z.“ auf einer Verwechslung.

— Die „Kreuzzeitung“ glaubt, es ist jetzt festgestellt, daß der Land-  
tag erst Anfangs nächsten Jahres einberufen wird. (S. oben.)

— Ueber die Lage einzelner, angeblich für die nächste Session be-  
stimmter Gesetzentwürfe (Einzelhaft, Landgendarmarie u. A. m.)  
sind kürzlich ausführliche gleichlautende Mittheilungen in mehrere Blätter  
gelangt. Die „Kreuzzeitung“ hört, daß dieselben in Bezug auf die wirk-  
liche Lage der einzelnen Gesetzentwürfe durchaus unzuverlässig und zum  
großen Theil irrig sind.

— Der Minister des Innern hat vor einiger Zeit eine Verfügung  
erlassen, in der es den Regierungen zur besonderen Pflicht gemacht wird,  
bei Urlaubsgesuchen von Strafgefangenen aus den besseren  
Ständen mit vorzugsweiser Strenge die für eine solche zeitweise Ent-  
lassung sprechenden Gründe zu prüfen, damit den anderen Gefangenen  
gegenüber auch der Schein einer etwaigen Begünstigung solcher, gerade  
ihres Standes und ihrer Bildung wegen für das begangene Verbrechen  
in höherem Grade verantwortlichen Gefangenen vermieden werde.

— Die Beschwerde des Berliner Magistrats über das Konfistorium  
der Provinz Brandenburg wegen Nichtbestätigung der Wahl des Predi-  
gers Schramm (weil ein jüdisches Magistratsmitglied mitgewählt) ist,  
wie der „P. L.“ meldet, von der k. Regierung zu Potsdam zurückgewie-  
sen worden, weil sie nicht über eine coordinirte Behörde zu entscheiden  
habe.

— Die Erfurter Stadtverordneten haben dem Oberbürgermei-  
ster Frhrn. v. Oldershausen für den nächsten Landtag wieder die  
Diäten als Vertreter der Stadt im Herrenhause bewilligt. Im  
vorigen Jahre war die Bewilligung abgelehnt worden, um durch die feh-  
lenden Diäten den Oberbürgermeister in Erfurt zurückzuhalten, weil der  
Bürgermeister Kirchhoff andauernd krank und eine genügende Vertretung  
der beiden ersten Magistratsmitglieder nicht zu beschaffen war.

— Das Schivelbeiner Kreisblatt enthält folgende landrätthliche  
Verfügung:

„Wenngleich ich Niemand, welcher gesetzlich darauf Anspruch machen  
kann, die Ertheilung eines Jagdscheines vorenthalten habe und solches auch  
für die Folge nicht thun werde: so muß ich doch mit Recht annehmen, daß  
Bauern und andere kleine Eigenthümer, welche ihre Zeit dem Jagdvergnügen  
widmen können, ohne ihre Wirtschaft zu vernachlässigen, sich in einer so gar-  
ten Vermögenslage befinden müssen, daß ihre Einschätzung zur Klassensteuer  
eine ganz spezielle Recherche erfordert, und event. eine Erhöhung derselben  
gerechtfertigt wird, wonach ich für die Folge verfahren werde. In Folge  
eines vorgekommenen Falles, wo der Antragsteller einen bereits ausgefertigten  
Jagdschein unter solchen Umständen zurückgeben wollte, wird dies hier-  
durch bekannt gemacht, damit sich Jeder, den es betrifft, danach richten könne.  
Schivelbein, den 9. November 1864. Der Landesdirektor und Landrath.  
Freiherr v. d. Goltz.“

Danzig, 16. November. In der gestrigen Sitzung der Stadt-

verordneten machte der Magistrat Mittheilung von einem Reskripte  
des Herrn Ministers des Innern, worin derselbe erklärt, daß er sich  
nicht veranlaßt gefunden habe, das Gesuch der Versammlung um Dispens  
vom zehnjährigen Grundbesitz für den zum Provinzial-Landtags-Abge-  
ordneten gewählten Herrn Oberbürgermeister v. Winter Sr. Maj.  
dem Könige vorzulegen. Auf Antrag des Stadtv. Dr. Lievin beschloß  
die Versammlung, da die Entscheidung nach dem Gesetz lediglich Sr.  
Majestät dem Könige zustehe, durch den Magistrat eine Immediat-Ein-  
gabe der Versammlung Sr. Maj. vorlegen zu lassen, in welcher das  
Gesuch wiederholt wird.

Königsberg, 14. November. Dr. Joh. Jacoby hat auf seine  
Beschwerde gegen den Staatsanwalt v. Mörs am 12. d. Mts. folgenden  
Bescheid erhalten: „Auf die Vorstellung vom 8 d. M. gereicht Euer  
Wohlgeboren zum Bescheide, daß Sie nach Form und Inhalt der vom  
15. September datirten, hier erst am 20. September eingegangenen, aber  
schon am 17. September von der Presse besprochenen Vorstellung eine  
weitere Eröffnung nicht zu gewärtigen haben. Berlin, den 11. Novem-  
ber 1864. Der Justizminister Gr. v. Bismarck.“ Dr. Jacoby hatte sich  
bekanntlich wegen einer Aeußerung des Staatsanwalts v. Mörs beschwert.  
Die „Königsb. Hart. Ztg.“ bemerkt zu dem erhaltenen Bescheide, daß die  
Beschwerde schon am 17. zur Post gegeben war.

Memel, 12. November. Wie man der „Ostpr. Ztg.“ berichtet,  
wird an der Wiederherstellung der Festungswerke der alten  
Citadelle gearbeitet und ist der Ingenieur Hauptmann Sommer be-  
reits seit einigen Monaten hier, um die Arbeiten zu leiten.

## Oesterreich.

— Nach einem am 11. d. M. in Laibach eingetroffenen Tele-  
gramm hat die „Compagnie generale transatlantique“ dem ame-  
ricanischen Freiwilligen-Korps, außer den erwähnten drei  
Schiffen, noch zwei eben so große, und zwar den „Brazilian“ und die  
„Indiana“ zu demselben Behufe für die allernächste Zeit zur Disposition  
gestellt, wodurch bis zu Ende d. J. die Einschiffung von im Ganzen  
5800 Mann ermöglicht wird. Am 12. d. M. war der Stand des  
Korps 5186 Mann. An demselben Tage ist der erste der englischen  
Dampfer („Bolivian“, 2000 T.), auf welchem ein Theil der Frei-  
willigen eingeschifft wird, in Triest eingetroffen; zwei weitere werden  
noch im Laufe dieses Monats ankommen.

**Aus Bayern, 13. November.** Die „Bayr. Ztg.“ ergänzt  
heute die gestern erwähnte Lücke in der vom Regierungspräsidium gegebene-  
nen Darstellung des Konflikts zwischen dem Kultusministe-  
rium und dem Bischof von Speyer dahin, „daß bezüglich des be-  
sprochenen Vorgangs ein unmittelbares persönliches Benehmen des apo-  
stolischen Nuntius mit dem Kultusminister nicht stattgefunden hat, daß  
also auch weder in Folge desselben, noch überhaupt die von dem Ministe-  
rium angeordnete Maßregel zurückgenommen wurde, sondern jedes wei-  
tere Vorgehen vorbehalten ist.“ Gleichzeitig rechtfertigt das ministerielle  
Blatt einzelne früher getroffene und von den kirchlichen Blättern angegrif-  
fene Maßregeln des Kultusministeriums, die sich übrigens streng inner-  
halb der bestehenden gesetzlichen Vorschriften halten. Aus allem geht her-  
vor, daß die vom dem Klerus auf Herrn v. Koch etwa gesetzten Hoffnun-  
gen bis jetzt wenigstens ihre Realisirung nicht gefunden haben.

## Schleswig-Holstein.

Altona, 16. November. Morgens. [Telegr.] Einer Mitthei-  
lung der „Altonaer Nachrichten“ zufolge geschieht der Rückmarsch der Al-  
liirten auf 6 Etappenstraßen, welche zuvor von den Bundesstruppen ge-  
räumt werden. Letztere werden in Folge eines Uebereinkommens zwischen  
den betreffenden Generalkommandos seitwärts von jenen Etappenstraßen  
verlegt werden. Nächsten Freitag werden, wie dasselbe Blatt meldet, die  
ersten Oesterreicher, und kommenden Sonntag die ersten Preußen auf dem  
Rückmarsche in Altona eintreffen.

Kendsbürg, 16. November, Vormittags. [Telegr.] Das  
heutige „Wochenblatt“ theilt mit, daß nach einer Disposition über den  
Rückmarsch der Truppen die 6. Infanterie-Division (Brandenburger)  
zu Fuß über Lübeck und Mecklenburg, so wie die 13. Division (Westfa-  
len) über Hamburg in die Heimath zurückkehren werden.

— Dem „H. Korresp.“ schreibt man aus Kiel, 14. November:  
„Bermittelt Plakats macht der Magistrat ein ihm am 12. d. zugegan-  
genes Schreiben des General-Lieutenants und Divisions-Kommandeurs  
v. Tümmel bekannt, worin ihm angezeigt wird, daß er mit seinem Stabe  
am 15. d. unsere Stadt zu verlassen den Befehl erhalten habe, daß das  
Füsiliers-Bataillon schon heute Kiel verlassen und daß nur die Theile des  
5. Brandenburgischen Infanterie-Regiments 48 für kurze Zeit noch  
hier bleiben würden. Dann heißt es wörtlich: „Zudem ich von Kiel  
scheide, kann ich es nicht unterlassen, dem Magistrat auszusprechen, wie  
hoch ich die gastliche Aufnahme zu schätzen weiß, die den mir untergebenen  
Truppen zu jeder Zeit geworden ist und um derentwillen die Einwohner  
der Stadt, wie mir wohl bekannt ist, nicht unerhebliche Opfer gebracht  
haben. Den Magistrat bitte ich, meinen und der mir untergebenen  
Truppen Dank der Einwohnerlichkeit auszusprechen.“

Zudem der Magistrat dieser Bitte nachgegeben ist, hebt er her-  
vor, wie das Schreiben der Stadt zur besonderen Ehre gereiche. — Die-  
sen Morgen wurde in der Frühe von Seiten der Einquartirungs-Kom-  
mission durch Plakat angekündigt, wie laut eingegangenen Schreibens  
heute und folgende Tage bedeutende Massen Kavallerie, Artillerie und  
Infanterie die Stadt Kiel passieren würden und wie daher die Einwoh-  
nerchaft sich auf starke Einquartirung unter der Bedingung, den Trup-  
pen Verpflegung und Fourage gegen die im Bundes-Verpflegungs-Re-  
glement festgesetzte Vergütung zu reichen, gefaßt zu machen habe. Wie  
wir also nach diesen Bekanntmachungen einigen lebhaft bewegten Tagen  
entgegensehen, so zeigte sich auch schon diesen Morgen die Aufregung in  
dem Entfallen eines vollen Fahnen schmucks, mit dem die officiellen Ge-



bände vorangingen. Das Füsilier-Bataillon ist bereits ausgerückt, zum Theil bekränzt und unter dem Spiel unseres National-Liedes.

Die Amtmänner von Beile und Standerborg haben den ihnen untergebenen Kommunalbeamten die schleunigste Anordnung von Verpflegungsmaßregeln mit Beziehung auf den bevorstehenden Abmarsch der deutschen Verbündeten aus Jütland befohlen, und zwar aus dem bezeichneten Grunde, daß die Dispositionen der deutschen Oberbefehlshaber von einer solchen Beschaffenheit waren, daß aller Wahrscheinlichkeit nach nicht an die sonst so übliche Anmeldung der zu beherbergenden Truppenkörper zu denken sein würde.

Die „Arch. Stfd.“ berichtet aus Aarhus, vom 12. November: Durchaus zuverlässigem Vernehmen nach beginnt der Ausmarsch der preussischen Truppen aus Jütland Mittwoch, den 16. November.

Hamburg, 16. November, Abends. Den „Hamburger Nachrichten“ wird aus Kiel telegraphirt, daß der Herzog von Augustenburg heute Deputationen verschiedener Stände und Vereine empfangen habe. Die Dekane der Fakultäten überreichten eine Adresse des akademischen Konfistoriums.

Truppendurchzüge haben heute nicht stattgefunden.

### Großbritannien und Irland.

London, 14. November. Die Aufregung unter einem großen Theile der hier anässigen Deutschen war seit der Abweisung der für Franz Müller dem Staatssekretär des Innern überreichten Petitionen gewaltig gestiegen. Der Schuttsverein hielt noch gestern eine Sitzung, um zu berathen, ob seine weiteren Versuche zur Rettung des Verurtheilten möglich seien, und Gerichte aller Art liefen in den deutschen Arbeiterquartieren um — es hätten der König von Preußen, der König von Bayern und der Herzog von Koburg sich auf telegraphischem Wege direkt an die Königin gewandt, um einen Aufschub für Müller zu erbitten; die Königin habe den Staatssekretär nach Windsor rufen lassen und ihm entschieden erklärt, das Todesurtheil nicht unterzeichnen zu wollen; es sei am späten Nachmittag dem Direktor von Newgate die Weisung aus Windsor zugemittelt worden, das Todesurtheil nicht vollstrecken zu lassen; es hätten sich mehrere Tausend Arbeiter versammelt, die Hinrichtung im letzten Augenblicke mit Gewalt zu hindern und anderer Gerichte mehr. Was an den erwähnten Bittgesuchen der drei deutschen Fürsten wahr oder unwahr ist, läßt sich zur Stunde mit Bestimmtheit hier nicht ermitteln; falsch aber ist es, daß Sir George Grey nach Windsor berufen worden sei; falsch, daß die Königin dem Todesurtheile ihre Unterszeichnung weigerte (sie hat dieses traurige Geschäft nie geübt, und die Unterszeichnung von Todesurtheilen geschieht jederzeit durch den derzeitigen Staatssekretär des Innern); falsch demnach, daß der Direktor von Newgate den Befehl erhalten haben soll, die Vollstreckung des Todesurtheils zu verschieben, und falsch endlich, daß Arbeiter sich versammelt hätten, in den Lauf der Justiz einzugreifen. Die Hinrichtung fand um 8 Uhr Morgens statt — das alte traurige Schauspiel, wie es vor den schwarzen Mauern von Newgate schon so oft abgepielt worden ist, mit dem obligaten Gedränge und Geschrei des Pöbels, im Beisein vieler Tausende, unter denen sich Besessene, Taschendiebe und verworfene Gefindel aller Art umhertrieben, nicht mehr und nicht weniger, als gewöhnlich. Man kennt die widerlichen Morgenstücke aus zahllosen Beschreibungen, sie gleichen einander so ziemlich, und das heutige verlief in gewohnter Weise.

Das Geständniß Müllers erfolgte erst im allerletzten Augenblicke, als jede Hoffnung auf Rettung geschwunden war, und man darf aus diesem Umstande den Schluss ziehen, daß Müller noch bei Betretung des Schaffots die Hoffnung auf Wänderung des Todesurtheils nicht ganz aufgegeben hatte. Dies ist auch die Auffassung von Pastor Cappel. Müller — so äußerte er sich unmittelbar nach der Hinrichtung vor Zeugen — hat auf die ihm in den letzten Tagen im Gefängniß Verkehrenden durch seine Redeweise allerdings den Eindruck der Unschuld gemacht, doch hat er sich jederzeit eine Hintertür offen gehalten. Wenn ihm der Pastor sagte, er halte ihn nicht für einen absichtlichen Mörder, vermute aber, daß er durch den Anblick der Uhr von Briggs plötzlich in Verführung gerathen sei, und diesen im Kampfe zur Thür des Eisenbahnwagens hinausgestoßen habe, da habe Müller nichts darauf geantwortet, und wahrscheinlich habe er bei den wiederholten Beteuerungen seiner Unschuld stets die eine reservatio mentalis gehabt, daß Briggs nicht den unmittelbaren tödtenden Streich durch seine Hand empfangen habe. Mehrere Male — erklärt Pastor Cappel — habe er dem Verurtheilten in dieser Weise seinen Verdacht ausgesprochen, ohne daß Müller je darauf etwas erwidert habe, und deshalb habe er (Cappel) nie zu dem Schlusse gelangen können, daß Müller unschuldig sei. Es widerspricht, wie man sieht, diese Erklärung des hochwürdigen Herrn der früher in einigen Blättern gemachten Angabe, als habe er in den letzten Tagen die vollständige Ueberzeugung von Müllers Schuld gewonnen, und wie diese Angabe, so wären auch die meisten in nichts zerfloßen, die seitdem in die Welt geschickt worden sind, wenn sie erst geprüft und einem Kreuzverhöre unterzogen worden wären. Angaben von Entlastungszeugen, die beim Prozesse gehört worden waren, aber erst später zu Gunsten Müllers ausgesagt haben

sollen, was sie von Rechts wegen vor der Jury hätten aussagen können und müssen (Frau Bluth), und Angaben neuer Zeugen, die der Vertheidigung von Anfang an zu Gebote gestanden (Herr Stevens), gar nicht zu reden von den mancherlei, erst nach dem Prozesse entdeckten Ereignissen jener Nacht, von welchen die Polizei doch auch etwas hätte wissen müssen, da sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gerade jenes Quartier seit der Nacht, in welcher die Mordthat geschah, hatte bewachen lassen, um dem räthselhaften Mörder auf die Spur zu kommen. Der Rechtschuttsverein hat ehrlich gethan, wozu ihn Pflicht und Gewissen drängten. Wenn ihm ein Vorwurf gemacht werden kann, ist es höchstens der, daß er sich in falschen Spuren vertiefte, alles gläubig aufnahm, was zu Gunsten seines Schützlings sprach, alles gering achtete, was dessen Schuld bewies, Thatsachen geringer Anschlag als Zufälligkeiten und dadurch peinliche Zweifel und heftige Verstimmlung in die Herzen vieler Tausende unserer Landsleute schleuderte, die ohne sein Dazwischentreten an der Gerechtigkeit des Urtheils nie gewweifelt hätten. Doch auch dieser Vorwurf wiegt nicht schwer, wenn man berücksichtigt, daß die Mitglieder des Schuttsvereins in Kriminalsachen unerfahren sind, und daß nicht wenige derselben sich in Müllers Unschuld eblisch und vollständig hineinversetzt haben mochten. Das letzte Geständniß macht diesen Zweifeln ein Ende. Daß sie nicht tief über deutsche Kreise hinausgriffen, lehrt ein Blick auf die Zeitartikel unserer großen Blätter, wie sie vor dem letzten Geständniße geschrieben worden sind. (R. S.)

Ueber das Geständniß Müllers berichtet die englische Korrespondenz: Nachdem der Denker schon den Strick um den Hals geschlungen, wurde Müller von Dr. Cappel noch angeredet: „In wenigen Augenblicken stehen Sie vor Gott; ich frage Sie nochmals und zum letzten Male: Sind Sie schuldig oder unschuldig?“ Müller antwortete: „Ich bin unschuldig!“ Dr. Cappel: „Sie sind unschuldig?“ „Gott der Allmächtige weiß, was ich gethan habe“, erwiderte Müller. Dr. Cappel: „Gott der Allmächtige weiß, was Sie gethan haben; weiß er, daß Sie diese besondere That verübt haben?“ worauf Müller antwortete: „Ja, ich habe es gethan.“ Die Fallthüre fiel und der Verurtheilte verschied ohne Todeskampf. Die Unterredung war deutlich geführt worden. Der Geistliche sank in großer Bewegung und erschöpfte in einen Stuhl, und nachdem er zu sich gekommen, wiederholte er den Sberiff und den vier Berichterstattern, welche zugegen waren, die Worte, wie er sie von dem Hingerichteten verstanden hatte.

### Frankreich.

Paris, 14. November. Der Großfürst Thronfolger von Rußland ist von einer Excursion nach Turin in Nizza angelangt. Die russische Marine division, welche bei Villafranca stationirt, hatte ihn von Genia geholt. — König Leopold der Belgier ist nach Brüssel zurückgekehrt. Der Herzog von Brabant ist von Compiegne nach Marseille abgegangen, um von da nach Egypten zu reisen, wo er den Winter zubringen wird. — Herr de Gobineau, der zum Gesandten Frankreichs in Athen ernannt worden ist, hat sich heute Morgen in Marseille eingeschifft, um nach dem Piräus zu gehen. — Wie die „Nation“ wissen will, soll die Kaiserin beabsichtigen, nach der Rückkehr von Compiegne eine Reise nach Nizza zu machen.

### Italien.

Turin, 12. Nov. Heute ist eine Depesche von Drouyn de Lhuys eingelaufen, welche zwar einige Einwendungen gegen die jüngste Depesche des Generals Lamarmora an Nizza enthält, im Ganzen aber hier einen günstigen Eindruck gemacht hat. Die schon gestern in Aussicht gestellte Rede Lamarmora's, die nach zuverlässigen Nachrichten zuvor mit dem Kaiser Napoleon vereinbart worden war, hat gleichfalls nicht verfehlt, die günstigste Wirkung hervorzubringen. Nachdem Herr Drouyn de Lhuys über alles Mögliche unter fortwährenden Zeichen der Feiltheit und Ungeduld gesprochen, trat die aufmerksamste Stille ein, als General Lamarmora das Wort ergriff. Er schickte voraus, daß er deswegen spreche, damit man nicht das Stillschweigen des Ministeriums falsch auslege; er werde im Uebrigen nicht als Minister, sondern als Abgeordneter reden. „Ich besitze nicht“, fuhr er fort, „die Uebung der Rede, und fühle mich unfähig, den Rednern, die mir vorangegangen sind, in Betreff der verschiedenen Fragen, die sie erhoben haben, zu folgen. Ich werde mich darauf beschränken, einfach einige Erklärungen zu geben, auch will ich einige Bekenntnisse ablegen. (Bei diesen Worten erhobte sich die Aufmerksamkeit der Kammer.) Im Anfange war ich gegen die Konvention (Beifall der Linken); ich war gegen sie, weil ich sie für Italien schädlich glaubte. Es scheint mir ganz nutzlos, die Kammer von den Depeschen zu unterhalten, welche über diesen Gegenstand zwischen dem früheren Konseilpräsidenten und mir ausgetauscht worden sind. Ich fürchtete, wir möchten die Frucht von vier Jahren verlieren. Aber inzwischen konnte ich sehen, daß die Einigung im Lande weiter vorgerückt ist, als im Schooße der Kammer. (Sehr gut!) Ich wußte nicht, daß die Parteien

dahin gebracht sind, sich hier abwechselungsweise auf einander zu stützen. (Värm. Gut!) Man ist zurückgegangen und das Land ist vorgeschritten. Ich fürchte“, fuhr er dann fort, „der Vertrag möchte ein nach Italien geworfener Erisapfel sein. Ich sagte mir: Entweder werden wir die Konvention nicht aufrecht erhalten, und was wird dann Europa sagen, oder wir werden sie aufrecht erhalten, aber werden wir dann stark genug sein, um nicht wieder bei Aspromonte anzukommen? Diese Dinge sagte ich nicht bloß den Urhebern der Konvention, ich sagte sie dem Kaiser der Franzosen selbst, als ich ihn auf der Rückkehr nach Italien sah. Ich hatte stets düstere Beforgnisse gehegt. Auf der Durchreise durch Rom und Mailand erfuhr ich mit Schmerz, was in Turin vorging. Ich eilte herbei. Ich erfuhr bei meiner Ankunft nur den Rücktritt des Ministeriums. Der König rief mich und beauftragte mich mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Bevor ich annahm, überlegte ich reichlich die Lage. Es war eine halbe Revolution, die vor sich gegangen war, und ich liebe nicht die Revolutionen. (Man lacht.) Indes mit dem Ueberlegen ging in mir selbst eine Revolution vor. Ich sagte mir, die Konvention ist der erste ernstliche Akt, den man hinsichtlich Roms vorgenommen. Begehen wir keine Thorheit dadurch, daß wir ihn verläugnen. Ich dachte zugleich daran, ein Ministerium zusammenzusetzen, und dies gelang mir ohne zu große Mühe. Ich sagte Muth, und nun vorwärts! Wohl! Ihre Bedenken, Ihre ersten Eindrücke, was ist aus ihnen geworden? Sie haben aufgehört. Indem ich die Dinge prüfte, sah ich, daß der Erisapfel nicht so bitter war, als ich glaubte. Ich war erstaunt über die fast einmütige Zustimmung Italiens zu dem Vertrage, das in loyaler Weise die getroffenen Vereinbarungen annahm. Die letzten mit Frankreich gewechselten Noten haben eine ausgezeichnete Wirkung hervorgebracht. In unserer letzten Depesche haben wir gesagt, daß wir die nöthige Macht besitzen, um den Vertrag aufrecht zu erhalten — und wenn ich sage, die Macht, so meine ich die moralische Macht und nicht die Macht der Bataillone —; wir haben gezeigt, daß wir Achtung einzufößen verstehen und daß Italien mit Frankreich in Loyalität zu wetteifern weiß.“ Hierauf sprach Lamarmora Einiges über die Hauptstadt, die nach ihm vom militärischen Standpunkte aus Turin nicht sein kann; er bemerkte, man hätte die Gemüther vorbereiten und nicht überraschen sollen. Dann fuhr er fort: „Man hat behauptet, der Kaiser Napoleon habe das Bedürfnis oder Verlangen, seine Grenze auf unserer Seite zu berichtigen, und er habe deswegen die Konvention unterzeichnet. Alles dies weise ich durchaus zurück. Unter verschiedenen Umständen konnte ich aus dem Munde des Kaisers selbst vernehmen, daß er viel an Italien denkt. Nach dem Krimkriege befand ich mich in Paris; ich hatte den Kaiser selbst noch nicht gesehen; aber man beauftragte mich, in Turin zu verstehen zu geben, daß man auf dem Kongresse nicht von Italien sprechen dürfe. Ich wollte abreißen, als der Kaiser mich rufen ließ; und nachdem er mit mir gesprochen hatte, sagte ich zu mir selbst, daß es nicht der Kaiser sei, der verbiete, daß man auf dem Kongresse von Italien spreche. Sie wissen, ob ich mich damals täuschte; Magenta und Solferino sind da, um es zu sagen.“ Die Ausföhrung über die wohlwollende Hilfe Frankreichs schließt er also: „Ich weiß, daß der Kaiser Napoleon damals nicht an die Möglichkeit der Einheit glaubte. Aber gab es damals nicht Viele unter uns, die diese Anschauung theilten? Ich bin gewiß, daß er heute seine Ansicht geändert hat. Wir müssen vorwärts gehen mit Klugheit. Jedoch müssen wir einen Schritt machen. Zurückweichen, das hieße sich in den Abgrund stürzen, der hinter uns liegt. (Langer Beifall.) Die römische Frage ist eine Frage von großer Schwierigkeit und nicht leicht zu lösen. Aber ich bin überzeugt, daß, wenn der Augenblick gekommen sein wird, wir am Kaiser Napoleon eine Hilfe finden werden. Ich glaube, daß wir gegen ihn erkenntlich sein müssen für das, was er für uns gethan hat und für das, was er noch thun wird. Ich glaube, daß wir auch in der venetianischen Frage Hilfe finden werden; aber bemerken Sie, daß hier der Herr Lamarmora spricht und nicht der Minister der auswärtigen Angelegenheiten (Heiterkeit). Die Abtretung der ionischen Inseln, die im adriatischen Meere liegen und unsere Nachbarn sind, steht nicht außer Zusammenhang mit unseren Interessen. Ich habe die Hoffnung, daß wir in der venetianischen Frage unterstützt werden, wenn der geeignete Moment gekommen ist; ich glaube, daß der Kaiser über eine Sache nachdenkt, von der wir Nutzen ziehen werden. Ich spreche stets noch als Abgeordneter, nicht als Minister; ich sehe im Allgemeinen, daß wir auf gutem Wege sind, gehen wir voran! Aber ich sehe, daß ich

### Der Giftmord-Prozess Demme-Trimpy.

Bern, 4. November. Die Angeklagte, Frau Trimpy, ist nicht anwesend.

Die heutigen Verhandlungen beginnen mit der Verlesung des Ober-Gutachtens des Berner Sanitäts-Kollegiums, dessen Konklusionen schon vor Beginn der Urtheile ihren Lesern mitgetheilt worden sind, welche jedoch zum besseren Verständniß der heutigen Verhandlungen hier nochmals folgen mögen:

1) Herr Trimpy ist an den Folgen einer Vergiftung durch Einnehmen einer starken Dosis Strichnium verstorben. 2) Der Tod erfolgte suffokatorisch-apoplektisch sehr wahrscheinlich in einem tetanischen Anfälle. 3) Der Gemüthszustand des Herrn Trimpy in den letzten Tagen vor seinem Tode muß als ein depressiver bezeichnet werden, theils wegen selbstverschuldeter Krankheit, theils wegen milderer Geschäftsverhältnisse. 4) Die Angaben des Herrn Dr. Demme über die Vergiftungsgeschichte sind in mehreren Punkten sich widersprechend und unwahrscheinlich. 5) Das Benehmen des Herrn Dr. Demme als Arzt verdient ersten Tadel. 6) Es liegt kein Grund für Annahme einer Vergiftung durch Zufall vor. 7) Für eine Vergiftung durch eigene Hand können in den sub 3 genannten Verhältnissen ausreichende Motive gefunden werden. 8) Vom rein gerichtlichen-medizinischen Standpunkte aus kann keine bestimmte Thatsache als Grund für Annahme des Todes durch fremde Hand geltend gemacht werden. Außerhalb dieses Gebietes liegende Gründe hatte das Kollegium nicht in Betracht zu ziehen.

Dr. Bourgeois und Dr. R. Schärer, Mitglieder des Sanitäts-Kollegiums, sind Beauftragte ihrer näheren Vernehmung anwesend. Auf die Anfrage des Präsidenten, ob das Kollegium sein Gutachten mit Einstimmigkeit abgefaßt habe, erklärt Dr. Bourgeois, daß, wenn auch anfänglich sich einige abweichende Ansichten hätten zur Geltung bringen wollen, schließlich doch eine Uebereinstimmung der sämtlichen sieben Mitglieder des Kollegiums erzielt worden sei. In Betreff des zweiten Gutachtens der anatomischen Experten, der Herren Prof. Dr. C. Emmert und Dr. Käpfer, bemerkt Dr. Bourgeois, daß dasselbe die Disposition Trimpy's zum Selbstmorde jedenfalls zu gering angesehlagene habe. Dies sei die übereinstimmende Ansicht des Sanitätskollegiums gewesen, nur habe Dr. Schärer die Abweichlichkeit des Selbstmordes entschieden angenommen, als dessen Urtheil. Hinsichtlich der Anwesenheit des Dr. Demme in der Nacht vom 14. zum 15. und vom 15. zum 16. Februar, welche die anatomischen Experten so sehr zum Nachtheile des Angeklagten deuten, müsse man den Umfang in's Auge fassen, daß derselbe nicht bloß als Arzt, sondern auch als Freund und der zukünftige Schwiegerohn des Verstorbenen zu betrachten sei, was sein Verbleiben am Bette des Kranken in einem anderen Lichte erscheinen lasse. Die Annahme des Mordes habe im Sanitäts-Kollegium keine Vertheidiger gefunden. Dagegen habe man das diätetische und ärztliche Verfahren des Dr. Demme gegenüber dem Verstorbenen, so wie sein Benehmen nach dem Tode desselben, namentlich aber den Umstand, daß er keinen zweiten Arzt zu der Sektion herbeigezogen, zumal ihm die in der Stadt umgehenden Selbstmordgerichte bereits bekannt waren, einem strengen Tadel unterworfen. Daß das von dem Angeklagten entwor-

fene Bild von dem Tode Trimpy's von dem Bilde eines in Folge von Strichnium-Vergiftung Gestorbenen bedeutend abweicht, darüber ist das Sanitäts-Kollegium mit den anatomischen Experten einverstanden.

Der Präsident stellt jetzt dem Dr. Bourgeois die Frage, ob nicht Prof. Dr. C. Emmert die einzelnen Mitglieder des Sanitäts-Kollegiums zu bearbeiten gesucht habe, um von diesem ein mit dem Verichte der anatomischen Experten übereinstimmendes Gutachten zu erzielen. Dr. Hermann Demme habe sich in einem Briefe an den Regierung's-Statthalter in diesem Sinne ausgesprochen.

Dr. Bourgeois: Dies muß ich auf das Bestimmteste in Abrede stellen. Daß sich Prof. Dr. C. Emmert in sehr bestimmter Weise über den Tod Trimpy's ausgesprochen, ist allerdings Thatsache, wie dies übrigens ja auch zur Genüge Jedermann bekannt ist. Das Sanitäts-Kollegium hat aber ohne irgendwelche Beeinflussung durch Herrn Prof. Dr. C. Emmert sein Gutachten abgefaßt.

Auch Dr. Schärer erklärt, mit dem Genannten in keinem Rapport gestanden zu haben.

Präsident: Wenn ich den Schluss 7 und 8 des Gutachtens des Sanitätskollegiums recht auffasse, so wollen dieselben die Frage unentschieden lassen, ob Mord oder Selbstmord stattgefunden habe. Sie wollen die Wagschale weder zu Gunsten des Einen, noch zu Gunsten des Anderen steigen lassen.

Dr. Bourgeois: Das Sanitätskollegium wollte nicht anders sagen, als daß Gründe vorhanden seien, daß ein Selbstmord stattgefunden haben könne. Es befindet sich übrigens in diesem Gutachten ein hierauf bezüglicher Passus, der ganz bestimmt gefaßt ist. Er lautet, wenn ich nicht irre: „Wenn auch die vorhergehenden Erörterungen das Vorhandensein eines Selbstmordes der Wahrscheinlichkeit näher gebracht haben, als das in dem späteren Verichte der anatomischen Experten der Fall ist, so ist derselbe doch noch keineswegs zur Gewissheit geworden.“

Präsident: Hat das Sanitätskollegium angenommen, daß der Verstorbene mit Todesahnungen und Selbstmordgedanken gerungen?

Dr. Bourgeois: In Berücksichtigung der schlechten finanziellen Verhältnisse, in welchen Trimpy kurz vor seinem Tode gestanden, und in Betracht dessen, was wir sonst noch von dem Verstorbenen vernommen, mußten wir allerdings annehmen, daß sich derselbe mit solchen Gedanken beschäftigt haben muß.

Dr. Schärer: Ja, es ist ein ganzes Bild erster Todesgedanken vorhanden.

Auf die sich widersprechenden zwei Verichte des Dr. Demme über den Tod Trimpy's übergehend, fragt der Präsident die Experten, was das Sanitätskollegium mit dem in seinem Gutachten vorkommenden Passus: „Wollen wir bloß als Ärzte urtheilen, so wollen wir gern annehmen, daß ein Selbstmord stattgefunden und der zweite Vericht des Dr. Demme nur die Angaben in dem zuerst von ihm verfaßten entschuldigenden soll“, sagen wolle.

Dr. Bourgeois: Dieser Passus hat die Bedeutung, daß Dr. Demme möglicher Weise im ersten Verichte den Selbstmord zu verurtheilen und dann im zweiten Verichte den ersten wahrscheinlich zu machen suchte.

Dr. Schärer: Allerdings sind Widersprüche in den beiden Verichten vorhanden; jedoch möchte ich sie im Ganzen nicht als vollständig unwahr hinstellen. Ich finde nämlich, daß der Tod Trimpy's in der von Demme angegebenen Weise erfolgt sein kann. Demme behauptet, es habe ein starkes Bluterguß nach dem Gehirn und dem Rückenmark stattgefunden; die Anderen, die anatomischen Experten und das Sanitätskollegium, sagen, es sei kein Bluterguß, sondern nur eine Blutstauung erfolgt. Ich möchte dem Bluterguß keine so große Bedeutung unterlegen; auch eine Blutstauung kann apoplektisch tödten. Den anatomischen Experten und dem Sanitätskollegium fällt es auf, daß laut dem Verichte des Dr. Demme der Tod und die Vergiftung so nahe an einander gerückt sind. Dies kann ich mir bei dem habitus apoplecticus des Verstorbenen und der großen Quantität Wein, welche derselbe in den letzten Tagen seines Lebens zu sich genommen, leicht erklären, und diese Erklärung ist um so leichter, wenn man in Betracht zieht, daß die Dosis Strichnium in einen leeren Magen und in einem Krankheitszustande in den Körper kam, in welchem die Nerven weniger Widerstandsfähigkeit besaßen. Sobald man den Bluterguß zugeibt, so muß auch der Tod plöglich erfolgt sein. Wahrscheinlich fand vorher Rähmung und dann Tod durch Erstickung statt. Ob aber die Erstickung oder die Rähmung zuerst, oder beide zusammen eintreten, ist schwer zu sagen. Mit diesen Fragen würde übrigens, wollte man näher auf sie eingehen, das Feld einer wissenschaftlichen Fehde eröffnen, welche nicht an diesen Ort paßt. Muthmaßlich wirkte das Gift successiv. Als es die Brustmuskeln ergriff, fand es eine Blutstauung vor, und der tetanische Anfall, der dann eintrat, tödtete Trimpy. Da die Gegend bewohnt, welche sonst jedes Husten des Verstorbenen hörten, keinen Schrei, kein Gesehöhn, kein Jammern vernahmen, so ist es schon glaubhaft, daß Trimpy keine wiederholten tetanischen Anfälle hatte, also eine Strichnium-Vergiftung ohne krampfartige Zustände vorgekommen ist. Ich hätte den Fall wahrscheinlich auch verkannt, wie dies ja auch der Dr. Machka in Prag eingestuft. Allerdings steht der Fall einzig da, die Natur ist aber reich an individuellen Gestaltungen.

Dr. Bourgeois erklärt, daß diese Ansichten nicht die des Sanitäts-Kollegiums seien, sondern nur die individuelle Meinung seines Herrn Kollegen, des Dr. Schärer.

Der Angeklagte ergrift jetzt das Wort, um darzutun, daß der Fall Trimpy nicht so einzig in seiner Art darstehe, wie behauptet wird. Französische und englische Aerzte haben ganz ähnliche Fälle beobachtet, welche ihnen als spontane Apoplexien erschienen sind. Tardieu hält sogar das Blut der durch Strichnium Vergifteten für nicht gerinnungsfähig. Die Gerinnungsfähigkeit des Blutes ist übrigens fast allen Todesarten mehr oder weniger eigen. Bei Leuten, welche dem Alkoholgenusse ergeben sind, ist die Gerinnungsfähigkeit bedeutend vermindert. Ein berühmter Anatom hat sogar den Satz aufgestellt, man habe bis jetzt keinen sicheren Anhaltspunkt, ob die Durchdringung des Gehirns schon im Leben, oder erst nach dem Tode stattgefunden habe. In meinem Verichte habe ich übrigens nicht apoplektische Beerde, sondern nur capillären Bluterguß gemeint. Ich habe dieselbe für irrelevant gehalten und das Hauptgewicht auf den großen Bluterguß gelegt. Auch habe ich nicht von einer totalen Rähmung gesprochen, sondern nur re-



zu weit aushole; ich bleibe stehen und schließe mit dem Wunsche, daß die Meinung des Herrn Buoncompagni, die auch die meinige ist, von der Kammer getheilt werde." Nach dieser mit großem Beifalle aufgenommenen Rede wurde die Sitzung auf eine Viertelstunde ausgesetzt. Viele Abgeordnete, darunter Nicasoli, beglückwünschten Lamarmora. Bei der neu eröffneten Sitzung erhielt Musolino das Wort, der die Konvention heftig angreift. Der Ministerpräsident antwortet mit folgenden, wenigen Worten: "Die Kammer möge überzeugt sein, daß, wenn in der Konvention der hundertste Theil der von Herrn Musolino behaupteten Gesfahren enthalten wäre, das Ministerium, dem ich vorstehe, dieselbe nicht angenommen hätte."

Turin, 15. Nov., Abends. [Telegr.] In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer erläuterte General Lamarmora seine Äußerungen über die venetianische Frage, die er in der Sitzung vom 12. d. in der Kammer gethan. Lamarmora erklärte, er habe weder eine Drohung ausgesprochen, noch eine PreSSION auf die Kammer ausüben wollen, vielmehr habe er nur der Hoffnung Ausdruck geben wollen, der Kaiser von Oesterreich könnte für die Ueberzeugung gewonnen werden, daß weder Oesterreichs Interesse, noch militärische Ehre die Erhaltung Venetiens forderte. Den Aufstand in Friaul bellage er aufs Tiefste und müsse er diejenigen tadeln, welche ihn hervorgerufen hätten. Der Minister des Innern, Lanza, erklärte, daß das Interesse Italiens die Annahme des Vertrages verlange. Im weiteren Verlaufe seiner Rede gedachte Lanza der Gerüchte über die Abtretung eines Theiles des italienischen Gebietes an Frankreich, und sprach sich dahin aus, daß Frankreich auf diese Weise niemals den Frieden Europas würde stören wollen.

Das Gefecht bei Moggio, wovon gestern die Rede war, reduciert sich nach der Opinion auf ein Zusammentreffen von 25 Bataillonen mit einer Patrouille von Gensd'armen; die Bande warf 24 Gewehre, 26 rothe Hemden, Patronen u. s. w. weg und stob auseinander. Niemand, sagt die "Opinione" hinzu, hat sich diesen Leuten angeschlossen.

## Spanien.

Madrid. — Die neuesten Nachrichten aus St. Domingo bekräftigen nicht die sanguinische Erwartung, daß der dortige Aufstand im Erlöschen sei. Die Insurgenten haben ihre Unterwerfung von folgenden Bedingungen abhängig gemacht: 1) Zahlung eines Lösegeldes von 500 Piastrern für jeden Gefangenen; 2) Anerkennung der militärischen Grade; 3) Uebernahme von 30 Millionen Piastrern Papiergeld, welche seit dem Beginn des Aufstandes ausgegeben worden sind. — In der Provinz Valencia haben furchtbare Ueberschwemmungen die dortigen reichen Orangenhaine fast völlig zerstört; ganze Ortschaften sind von den Wassern fortgerissen worden. 20 Stunden um die Stadt Valencia ist Alles ein weiter See, auf welchem Hausgeräth und Thierleiber treiben; die Arbeiter an der Eisenbahn von Valencia nach Barcelona sind gänzlich verloren. — In Barcelona sind der Handelskrisis wegen die Fabriken zum großen Theil geschlossen; die Gemeindebehörden lassen täglich 60,000 Reales unter die brotlosen Arbeiter verteilen.

Die "Patrie" schreibt: "Bekanntlich ist es der spanischen Regierung nicht gelungen, sich mit Peru in friedlicher Weise zu verständigen. Deshalb werden jetzt Verstärkungen von Cadix nach dem stillen Meere abgehen, und das spanische Geschwader hat Befehl erhalten, die Chincha-Inseln zu verlassen, um sich Callao's zu bemächtigen. Spanien wird, nachdem es noch dieses Unterpfand in Händen hat, sich bereit erklären, die Vorschläge Peru's zu hören."

## Rußland und Polen.

Petersburg, 10. November. Der Kaiser ist von seiner Reise ins Ausland nach Jarosko Selo zurückgekehrt und hat auf dem Marsfelde eine Parade über die Truppen der Garde und des Petersb. Militärbezirks insgesammt, in der Stärke von 29 1/2 Bat. Infanterie, 34 Schwadronen Kavallerie und 12 Batterien Artillerie, abgehalten.

[Lehrerinnen.] Vom Komite zur Verbreitung des Lesens und Schreibens ist eine Schule für Dorfschullehrerinnen gegründet worden. Es ist dies endlich einmal, bemerkt die "Petersb. Ztg.", ein ernster und praktischer Schritt zur Beseitigung eines der fühlbarsten Mängel in Rußland: des Mangels an Lehrern für Volksschulen.

Warschau, 13. November. In unserem "privilegirten" Organ — so nennt sich der "Dziennik" selbst am liebsten — erscheinen seit längerer Zeit Artikel aus der Feder eines "Einsiedlers an der Weichsel", wo-

rin den Polen die vollständige Umkehr von der revolutionären Verirrung zur Versöhnung mit Rußland gerathen wird. Der neueste Aufsatz des "Einsiedlers" richtet seine Mahnungen zunächst an den Adel, dem er noch nach den neuesten Umgestaltungen die Mission zur Vertretung der polnischen Nationalität vindicirt. Die officiösen Bemühungen in dieser Richtung sind eines der in neuester Zeit häufiger werdenden Symptome einer größeren Rücksichtnahme auf das Land und den Adel von Seiten der Regierung und sie bezeichnen die allmähliche Umkehr zu einem milderem System, dem sich Graf Berg mehr und mehr zuneigt. (Schl. 3.)

Der "Dziennik Warszawski" berichtet, daß am 20. v. M. in Kalisch der politische Gefangene Anton Wysocki sich im Gefängnisse erhängt hat und schreibt diesen Selbstmord dem Umstande zu, daß der Gefangene gleich Anderen aus einem Gefängnisse in das andere transportirt worden sei, bemerkt indessen, daß derselbe am Abend vor seinem Tode von der Untersuchungs-Kommission verhört wurde. — Der "Kiewer Telegraph" meldet, daß für die Eparchie Kiew der Befehl erlassen wurde, daß von nun ab das Errichten von Kreuzen auf den Feldern und an den Wegen verboten ist, und daß die Gutsbesitzer, auf deren Territorien sich rühler aufgestellte Kreuze befinden, dieselben durch Einzäunungen abzuschließen oder niederzureißen haben.

Dem Wilnaer "Wiestnik" zufolge sind im Gouvernemente Witebsk im Kreise Nowel wieder 230 Katholiken zur griechisch-orthodoxen Kirche übergetreten. Solche Uebertritte kommen in den Litthauischen Gouvernements immer häufiger vor. — In Litthauen und im Gouvernemente Augustowo ist mit Beginn dieses Monats der Winter in seiner ganzen Strenge eingetreten. Die Felder sind fußhoch mit Schnee bedeckt. Die Kälte variiert zwischen 6—12 Grad. Viele Kartoffeln sind in der Erde erfroren, viele Wintersaaten wegen des früheren anhaltenden Regens unbestellt geblieben. (Dff. 3.)

## Asien.

Kalkutta, 15. Oktober. Der Sturm hat auch landeinwärts Verberungen angerichtet. Zur Unterstützung der Beschädigten finden Versammlungen und Subskriptionen statt.

Hongkong, 27. September. Der Fürst von Nagato behauptete, nachdem er besiegt worden, er habe auf Befehl des Mikado und Taikun gehandelt. Im Innern Japans soll Bürgerkrieg herrschen, wahrscheinlich in Folge der Bewegung der Allirten gegen Jeddo.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 17. Nov. [Militärisches.] Die Hauptleute v. Bessel und v. Polczynski vom 1. Niederösch. Inf.-Regt. Nr. 46 sind zu Majors, und der Prem.-Lieutenant Suderian von demselben Regimente ist zum Hauptmann befördert worden.

[Garnisonwechsel.] Wie wir sicher vernehmen, geht das 12. Inf.-Reg. in seine früheren Garnisonen Sorau und hier demnächst zurück, und das 52. wird nach Posen verlegt. Als Grund für die Dislocation des 12. Infanterie-Regiments wird angegeben, daß dasselbe hier keine Kapitulanten behält, also dahin zurückgehen muß, woher es rekrutirt.

Unsere Polizei ist sehr nachsichtig gegen die Bauherren, wenn sie die Straßen verengen. Die bei Neubauten errichteten Umzäunungen zum Schutz der Baumaterialien bleiben selbst dann oft noch stehen, wenn die Rohbauten beendet und keine Materialien mehr zu schütten sind. An belebten Stellen leidet die Passage darunter, wie an der St. Martins- und Bäckerstraßen- Ecke und es wäre an der Zeit, hier die Wegnahme des bis über das Trottoir hinwegreichenden Bretterzauns zu veranlassen.

[Unglücksfälle.] Vorgefien rannte ein Soldat vom 47. Inf.-Regiment in der Kaserne dergestalt auf das Bajonett eines von einem beim Putzen begriffenen Kameraden auf die Seite gebogenen Gewehrs, daß er einen tiefen Stich in den Unterleib erhielt und wahrscheinlich das Leben opfern wird. — An demselben Tage wäre ein Regierungsbeamter in seiner am Neustädtischen Markt belegenen Wohnung beinahe ein Opfer des Kohlendampfs geworden. Derselbe befand sich schon am Vormittage unwohl in seiner Wohnung und ließ um Mittag mit Kohlen heizen. Um 1 Uhr wurde ohne sein Wissen die Klappe geschlossen und sein Unwohlsein steigerte sich so, daß um 8 Uhr nach dem Assistenten Dr. Hirschberg geschickt wurde. Derselbe erschien etwa

um 8 1/2 Uhr und vermuthete bei seinem Eintritt in das Zimmer sogleich Kohlendunst darin. Es wurde nach der Ofenklappe gesehen und diese geschlossen gefunden, die Kohlen im Ofen waren bereits verglimmt. Nach rascher Oeffnung der Fenster kam der Betäubte wieder zu sich und ist außer Gefahr. — Einen Tag vorher war der Artillerie-Lieutenant F. ebenfalls in Gefahr gewesen, an Kohlendampf zu ersticken. Er hatte glücklicher Weise noch Besinnung genug gehabt, sich, als er seinen Zustand ahnte, an's Fenster zu schleppen und eine Scheibe einzuschlagen.

[Reducirung der Karielposten.] In den Bezirken der Karielposten herrscht jetzt eine ganz ungewöhnliche Aufregung, weil die Postbehörde diese Art Posten verhältnißmäßig einzuschränken, oder durch bloße Botenposten zu ersetzen beabsichtigt. Es muß der Postverwaltung auch in unserer Provinz nachgerühmt werden, daß sie im letzten Jahrzehnt das Möglichste zu leisten gesucht hat, namentlich auch auf den so ungünstig situirten Distrikten, auf welchen eben Kariolen cursirten. Aber eben demzufolge ist das Publikum an das Bestehen gewöhnt worden und betrachtet es als einen höchst empfindlichen Rückschritt, daß die Kariolen jetzt eingeschränkt oder in Botenposten verwandelt werden sollen und daher denn solletteingaben über Eingaben um Beibehaltung der Kariolen zum wenigsten dann, wenn deren Abwesenheit zur ordentlichen Fahrpost nicht zu ermöglichen. Wir müssen indessen das Publikum vor Ansprüchen warnen, welche am Ende nur in eine zwecklose Pin- und Herschreiberei auslaufen, auf beiden Seiten Unmöslichkeiten provociren und schließlich doch zu nichts führen. Es ist unglücklich, in welchem Mißverhältnis oft die Kosten einer Kariolen zu den Einnahmen der letzteren stehen, und die schöne Theorie, die Post sei einmal des Publikums wegen da, vermag dies Mißverhältnis durchaus nicht zu beheben. Es ist also billigerweise auch vom Publikum zu verlangen, daß es in seinen noch so berechtigten erscheinenden Ansprüchen nicht zu weit geht, sondern es auf den intendirten Versuch einer den Einnahmen einer Tour entsprechenden billigeren Posteinrichtung ankommen lasse. Um aber auch das Publikum nicht vor den Kopf zu stoßen, wird es sich entscheiden sehr empfehlen, die bisherigen Karielposten zum Mindesten wöchentlich zweimal, etwa Mittwoch und Sonnabends bestehen zu lassen und das Publikum in den Blättern zu eruchen, den Packetverkehr nach Möglichkeit auf diese beiden Tage zu concentriren.

Jedenfalls begegnet die Postverwaltung damit einer großen Menge von Inkonvenienzen. Der Plan, je nach der Menge der zu bestellenden Baguete Hilfssträger, oder auch Fuhrren zu engagiren, ist ein so bedenklicher, daß wir auch schon im Interesse der Post selbst auf das Entschiedenste davon abrathen müssen, denn Beschädigungen, ja selbst Verluste von Packeten würden sich beim Gebrauch gewöhnlicher Landwagen namentlich, welcher beabsichtigt wird, im Unerblichen häufen. In jedem Falle wird den Expeditionen ein Kariolenwagen zur jederzeitigen Disposition zu belassen sein. Wenn noch von der Post ferner hervorgehoben wird, die Unterhaltung dieser Wagen sei sehr theuer, so konstruirt man sie nur ohne alles Federwerk und sie sind dann sofort billiger und haltbarer. Das Federwerk ist, wenn irgend wo, so hier, vollkommen entbehrlich und wird sicher schon durch das Ausbreiten einer Strobede oder Matratze auf dem Boden des Wagenkastens vollständig ersetzt.

In manchen Fällen wird die Aufhebung der Kariolen bei einer anderweitigen praktischen Arrangirung der benachbarten Fahrposten für das Publikum nur höchst erwünscht sein, wie z. B. in dem erst kürzlich (in Nr. 260 d. Bl.) das Weitere auseinander gesetzten Falle. Der Mangel von Chausseebau auf 1—3 Meilen langen Wegestrecken darf unseres Erachtens heut zu Tage in keinem Falle mehr als Hinderniß eines Poststufes gelten, da solche Strecken auf unablässige Monitorungen der Postbehörde gewiß sehr oft in kurzer Zeit schon von der Verwaltungsbehörde vollständig gemacht werden. An dergleichen Monitorungen läßt es die Postbehörde indessen unseres Wissens doch gar zu sehr fehlen, obwohl ihr Recht hierzu ein ganz unbefristetenes ist, zumal sie ja zum Ressort des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten gehört und in einem civilisirten Staate wie dem unsrigen heut zu Tage Landstraken im nicht postfähigen Zustande füglich nicht geduldet werden dürfen. Daß in der Postverwaltung im Interesse sonstiger unablässiger Verbesserungen aber auch noch viele Erparnisse erzielt werden könnten, steht außer Zweifel. Es giebt z. B. sehr kleine Postbezirke, in denen 2 Landbriefträger schweres Geld kosten, während einer dem wirklichen Bedürfnisse gewiß genügen würde.

Derjenige Theil des Publikums auf dem Lande, welcher eine größere Korrespondenz pflegt und seine Briefe schnell zu erhalten wünscht, läßt sich allenthalben fast ohne Ausnahme die Leistungen von der Post selbst abholen, bei dem übrigen Landpublikum aber (90/100) kommt es auf eine sehr prompte Bestellung in der That nicht an. Dem Landbriefträger aber wird sein Posten durch den Kirchen- und Wochenmarktbefuch der ländlichen Bevölkerung so ungemein erleichtert, daß ein Mann in den meisten Fällen auch einen größeren Bezirk sehr bequem allein verjoren kann. Eine anderweite sehr erhebliche Erparnis läßt sich durch eine bescheidenere Gehaltsnormirung bei den Post-Expedienten erzielen, welchen die Post eben nur als Nebenamt übertragen ist. Denn sehr oft concentrirt sich die ganze Postarbeit täglich nur auf 1—2 Stunden und in solchen Fällen ist auch die Hälfte manches jetzigen Gehaltsfases als ausreichend anzusehen. Nachdem aber werden den Posthaltern für die Stellung der Karielposten noch viel zu große Concessionen gemacht. Wir wollen Jedermann in seinen Verhältnissen das Beste auskommen wünschen und gönnen, aber wie mancher Posthalter könnte die Sache doch noch viel billiger stellen, ohne gleich zu falliren.

Eine sehr unnöthige Ausgabe aber erwächst dem Postfiskus noch daraus, daß die in das benachbarte Ausland gehenden Posten leer zurückkommen müß-

sondern nur auf eine apoplektisch-suffocatorische Todesursache gefolgt werden könne.

Verteidiger Vogt: Lag es in der Kompetenz der erstinstanzlichen Experten, der Herren Prof. Dr. C. Emmert und des Dr. C. Küpfer, sich innerhalb der Grenzen der gerichtlichen Medicin über etwas Anderes, als das Resultat der angestellten Experimenten, wie z. B. darüber, ob Trümph im Verthe von Gift gewesen, auszusprechen?

Prof. Hufemann: Nein! Wenn sie etwas Anderes thaten, so haben sie ihre Aufgabe überschritten.

Angelagter: Genühten die Krankheitserscheinungen, um die Strychninvergiftung zu erkennen? — Prof. Hufemann: Nein, man konnte sie mit manchen anderen verwechseln.

Angelagter: Sagen Sie schon den Tod bei unvollkommenem Tetanus eintreten? — Prof. Hufemann: Bei einer einzigen Streckung.

Angelagter: Uebt nicht das Körpergewicht des Verurtheilten einen Einfluß aus? — Prof. Hufemann: Allerdings! Ich wiege alle Thiere, mit denen ich experimentire.

Angelagter: Kommt nicht die Körpergröße Trümph's der Streckung entgegenarbeiten? — Prof. Hufemann: Dies ist leicht möglich.

Angelagter: Welche Meinung haben Sie von der Äußerung Trümph's: "Ich kann die Seite nicht mehr rühren", mußte das eine Lähmung sein? — Prof. Hufemann: Nein.

Als diese Diskussion beendet, richtet der Präsident an jeden der Experten noch einzeln die Frage, ob sie ihren Auslagen noch etwas beizufügen haben. Staatsapotheker Glädiger erklärt nochmals, daß die Angabe des Quantum Strychnin auf 10 Gran nur approximativ gewesen, da der Leichnam eben so gut 8 wie 12 Gran habe enthalten können. Daß es stützig gewesen, hätten die chemischen Experten als wahrscheinlich, nicht als gewiß vorausgesetzt. Prof. Schwarzenbach fügt bei, daß es fast unmöglich in fester Form genommen worden sein könne, sonst hätten sie es entdecken müssen.

Prof. Dr. C. Emmert, der eine der anatomischen Experten, erklärt, bei den Beschüssen des zweiten medicinischen gerichtlichen Gutachtens beharren zu müssen, da ihn die medicinischen Erörterungen so wie der Verlauf der Verhandlungen überhaupt zu seiner Modifikation veranlassen könnten. Der zweite Experte, Dr. C. Küpfer, dagegen, durch die Auseinanderlegungen des Prof. Hufemann belehrt, gibt zu, daß dem Tode Trümph's ein einziger tetanischer Anfall vorhergegangen und auch die Zeit zwischen dem Anfall und dem Tode kürzer gewesen sein mag.

Dr. Sourgeois hält das Gutachten des Sanitäts-Kollegiums fest. Dr. Schärer: Gerade weil ich noch Vieles zu sagen hätte, will ich lieber nichts sagen. Nur den Anfall des Herrn Prof. Dr. C. Emmert, laut dem unsere Untersuchung des Seelenzustandes Trümph's eine psychisch-ästhetische Liebhaberei sein soll, überweise ich dem Publikum zur Beurtheilung. (Allgemeines Bravo.)

(Schluß der Sitzung 7 Uhr Abends.)

essor Aebi, daß er sich rein objectiv ausgesprochen, weil für den Experten kein Angeklagter existirt.

Der Präsident und der Verteidiger des Angeklagten, Dr. C. Vogt, richten noch einige Fragen an die Experten, betreffend die tetanischen Anfälle, welche bei einer Strychninvergiftung dem Tode vorhergehen, welche nichts Wesentliches berühren, was nicht schon zur Sprache gekommen wäre. Dann fragt der Präsident: "Wenn Chinin gegeben wurde, war es möglich, daß sich dasselbe noch vorfand?"

Professor Aebi: Wenn es in einer kleinen Dosis gegeben wurde, konnte es schon beim Tode absorbt sein. Jedenfalls mußte es aber dann vor Mitternacht gegeben worden sein.

Assistentarzt Darbel erzählt jetzt den Fall mit einem Kinde, das in Folge einer Verbrennung nach anscheinender Besserung plötzlich gestorben und bei dessen Section man eine wässrig-blutige Auscheidung und Durchfärbung des Gehirns vorgefunden habe.

Folgt nun die Vernehmung des von der Verteidigung herbeigeforderten Experten Dr. Hufemann aus Göttingen. Derselbe giebt über die Strychninvergiftung ungefähr Folgendes an: Dadurch, daß bei Trümph 10 Gran Strychnin eingegeben worden sind, ist durchaus noch nicht bewiesen, daß er an diesem Gifte gestorben ist, da dasselbe durch mechanische Fortbewegung dahin gelangt sein kann, ohne irgendwie gewirkt zu haben. Was dann die Krankheits-Erscheinungen bei der Strychnin-Vergiftung betrifft, so sind dieselben durchaus nicht immer die gleichen, sondern oftmals von einander abweichend. Ueberhaupt giebt es in diesem Falle keine bestimmten Symptome. Am häufigsten kommen Hyperämie des Gehirns und baldiger Beginn und lange Dauer der sogenannten Todtenstarre vor. Die Erscheinungen kurz vor dem Tode Trümph's sind zwar nicht gegen eine Strychnin-Vergiftung, können dagegen aber auch nur für den Beginn eines Tetanus sprechen. Es ist nicht positiv, daß sich ein wirklicher Tetanus eingestellt hatte. Somit ist die Strychnin-Vergiftung nur wahrscheinlich, aber noch lange nicht erwiesen. Möglich, daß es sich in diesem Falle um eine Vergiftung und eine Apoplexie zugleich handelt. Immerhin kann man bei 10 Gran Strychnin die Vergiftung als moralisch bewiesen ansehen.

Auf die Frage des Präsidenten, ob die Beobachtungen bei den mit Thieren vorgenommenen Versuchen auch auf die Menschen anzuwenden seien, antwortet Professor Hufemann: "Ja, allerdings!"

Präsident: Kann man einem Menschen eine Dosis von 10 Gran Strychnin wider seinen Willen eingeben?

Prof. Hufemann: Nein! Die Bitterkeit ist zu groß; er würde es sofort ausspeien. Dies war der Grund, warum ich den Wunsch aussprach, die Geschworenen möchten sich von dem Geschmack des Strychnins selbst überzeugen. Nur mit Gewalt könnte man Jemanden zwingen, 10 Gran Strychnin zu verschlucken.

Prof. Hufemann wiederholt jetzt noch einmal, daß aus den Erscheinungen bei dem Tode Trümph's nicht positiv auf eine Strychninvergiftung,

feriert, was Trümph gesagt hat, nämlich die Worte: "Ich kann die Seite nicht mehr rühren." Vielleicht wollte er eine Bewegung machen, die er bei beginnender Spannung der Muskeln nicht ausführen konnte. Ja, ich kann sagen, daß das Sanitäts-Kollegium in gewisser Beziehung meine Verteidigung übernommen hat. Ich habe die hypochondrische Krankheit des Verstorbenen allerdings verheimlichen wollen. Ich habe nichts Unwahres in meinem zweiten Berichte gesagt; ich habe nur Wahres verschwiegen. Als ich meinen ersten Bericht erstattete, hielt ich Trümph für eines natürlichen Todes gestorben. Daß meine Diagnose falsch war, kann nicht Wunder nehmen. Später, als man das Vorhandensein von Strychnin in dem Körper des Toten constatirt hatte, machte ich den Selbstmord als wahrscheinlich hielten, und ich suchte, ihn zu begründen. Daß hier Ungenauigkeiten vorgekommen sein mögen, gebe ich gern zu. Ich machte meine Angaben aus dem Gewissen, da ich nichts notirt hatte. Da in meinem zweiten Berichte nicht Alles wiederholt, sondern etwas Neues gesagt werden sollte, so fällt auch der Vorwurf des Widerspruchs dahin.

Die Sitzung wird für eine Stunde unterbrochen. Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen ist Frau Trümph anwesend.

Der Präsident theilt mit, daß sich ein neuer Beuge gemeldet hat, ein Professor aus Erlangen, welcher von dem Unternehmer des vorigjährigen Veranlagungszeuges nach Konstantinopel, Fern Jura in Wien, gehört haben will, daß er gesehen, wie Trümph in Konstantinopel Gift gekauft hat. Die Verteidigung verzichtet auf die Vorladung dieses Zeugen.

Hierauf wird die Einvernehmung der Experten über die medicinischen Gutachten, welche den Charakter einer wissenschaftlichen Debatte annehmen, fortgesetzt. Ein näheres Eingehen auf dieselbe würde zu weit führen, daher die Aussage eines jeden der gelehrten Herren nur in einem skizzenhaften Umrisse hier folgen möge.

Professor Aebi begann sein Bortum mit der Erklärung, er werde sich mit Hingewandlung aller thatächlichen und psychologischen Momente für die Annahme eines Selbstmordes, welche nicht in das Gebiet der Medicin, sondern in das der Jurisprudenz gehören, einzig und allein an die Sache selbst halten. Trümph starb an Strychnin, in einem tetanischen Anfall, eben so waren Krefelämpfe vorhanden. Dies wird von Demme zugegeben und von den Zeugen, welchen jener von dem Todestampfe Trümph's erzählt hat, wiederholt. Da dem nun so ist, so kann Professor Aebi nicht einsehen, warum man behauptet, der Fall Trümph's stehe so einzig in seiner Art da und sei von dem genannten Schulbilde gänzlich abweichend. Was die von dem Angeklagten angeführten Abweichungen betrifft, so setzt der Experte keinen Zweifel in diesen Angaben, da sich dieselben auch in anderer Weise erklären lassen. Auch findet derselbe keinen so großen Widerspruch zwischen dem ersten und zweiten Briefe Demme's. Daß etwas poetische Ausschmückung im Spiele ist, ist allerdings der Fall, im Wesentlichen sei aber Demme's Darstellung dem Schulbilde entsprechend. Professor Marksa in Prag habe den Fall nur für einzig in seiner Art gehalten, weil muthmaßlich Demme denselben nichts von den Streckungen geschrieben haben mag. Schließlich erklärt Pro-



sen, also auf dem Rückwege Nichts verdienen können. Wir halten dafür, daß diese Einrichtung doch hinweg zu verhandeln sein müßte, da ja jedem Staate nur daran liegen kann, am rechten Orte zu sparen, um eben auch am rechten Orte ausgeben zu können.

Die Zahl der den Posten beigegebenen besonderen Kondukteure läßt sich gewiß auch noch einschränken. Warum sollte der Kondukteur z. B. nicht bei der Tagfahrt einer Post entbehrt werden können, wenn er bei dem Nachzuge derselben Post nicht mitfährt und umgekehrt?

[Anfälle.] Von einem schwer mit Mehl belasteten Wagen wurde gestern Nachmittag ein etwa 12 Jahre alter Bursche, der mit Wassereimern auf der Straße ging, überfahren. Die Räder gingen dem Unglücklichen über die Beine, welche durch die schwere Last natürlich beide gebrochen wurden.

Im engsten Theile der Friedrichstraße gerieth in der Dunkelstunde unter einem im starken Trabe fahrenden Bauernwagen eine 60jährige Frau, die jedoch ohne größere Verletzungen davon gekommen ist.

[Schlägerei.] Zwischen drei Soldaten und einem Dugend Bauern entstand gestern Abend in der M. Schenke am alten Markte eine Schlägerei, bei der mehrere Bauern durch Schläge verunmündet wurden. Die Bauern ergriffen auf ihren Fuhrwerken die Flucht, verfolgt von den Soldaten, die nun den letzten Bauern an der Wallstraßebrücke anhielten und seinen Wagen derartig demolirten, daß er nach Hause reiten mußte.

h. Birnbaum, 15. November. [Entdeckte Diebe.] Es sind hier mehrfach Diebstahl vorgekommen, ohne daß es gelungen ist, die Thäter zu ermitteln. Endlich wurde in voriger Woche eine arme Frau in Lindenstadt bestohlen. Weil man den Tagearbeiter G. aus L. zu der Zeit, in welcher der Diebstahl verübt sein mußte, in der Nähe der Wohnung der Bestohlenen bemerkt hatte und auch der hier stationierte Gendarm Marski schon seit längerer Zeit auf denselben vigilirte, so begab sich M. mit dem Ortsvorsteher Böne in die Behausung des G. Dieser wohnte mit seinem Schwager N. in dessen Hause zusammen. Hier wurden nicht nur die der genannten Frau gebrauchten Sachen, sondern auch eine Menge vor kürzerer und längerer Zeit gestohlener Gegenstände gefunden. Das ganze Haus gliederte sich in drei Theile im wahren Sinne des Wortes. Auch zwei Hund Dietrich wurden bei G. entdeckt und natürlich konfiscirt. Ueber die vorgefundenen Waaren u. s. w. befragt, legte G. zum Theil das Geändrnis ab, daß er dieselben gestohlen habe; meistens Gegenstände hat er sich aber natürlich auf ehrliche Weise erworben, die G. und N. wurden gefänglich eingezogen, und sitzen unter Kurzem auf der Anklagebank.

## Der Hochverrathsprozess gegen die Polen.

75. Sitzung des Staatsgerichtshofes zu Berlin vom 16. November 1864. (Die Subskribirten ist außerordentlich besucht.)

Präsident Büchtemann eröffnet die Sitzung nach 10 Uhr mit der Mittheilung, daß der Herr Kammergerichtsrath Schlötker krankheitshalber nicht erschienen sei. Der Präsident macht ferner die Mittheilung, daß nach einer Bulchrisch des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vom 12. d. M. der Zeuge Karunet nicht habe ermittelt werden können; und daß ferner die Empfangsbekundigung der Vorladung des Zeugen Emil Faucheur eingegangen sei. Der Präsident bemerkt dazu, daß beide Mittheilungen zu spät kamen und ihre Erledigung bereits gefunden hätten. — Durch Aufstufung der Dolmetscher wird konstatiert, daß die vom Oberstaatsanwalt überreichten beglaubigten Abschriften der Warschauer Papiere nicht identisch seien mit den früher vorgelegten Uebersetzungen, daß sie jedoch ihrem Inhalte nach im Wesentlichen übereinstimmen. Es wird demnach das Protokoll über die Hausdurchsuchung beim Grafen Dzialynski in polnischer Sprache verlesen, ebenso einige in Sachen gegen den Probst Rymarciewicz vom Rechtsanwalt E. v. überreichte Schriftstücke.

Der Präsident bemerkt, daß die Vorträge der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung nunmehr beginnen würden.

Oberstaatsanwalt Adlung: Es darf wohl als unzweifelhaft gelten, daß die polnische Nation seit den Theilungen Polens den Gedanken an Wiederherstellung des alten Reichs nie aufgegeben hat; dieser Gedanke zieht sich durch ihre ganze Literatur und findet Ausdruck in Volkslied und Gebet. Jedes Volk schließt den Bericht über den Fall Praga's: „Noch ist Polen nicht verloren“. Die Versuche zur Wiederherstellung datiren auch aus ziemlich früher Zeit. 1795 bildete sich eine Legion aus Emigranten, die durch Dalmatien und Ungarn einbrechen wollten, von 1799 an folgten die Polen Napoleon's Fahnen, den sie als Befreier und Wiederhersteller ansahen und den sie erst nach der Schlacht bei Leipzig aufgeben mußten. Auch der Aufstand von 1830 war nach dem Manifeste des Reichstages darauf berechnet, das polnische Reich wiederherzustellen; das Manifest richtete sich zu diesem Zweck an „beide Nationen, Polen und Litthauen“, dann folgte das Mikroslawski'sche Unternehmen im Großherzogthum Posen, dessen Teilnehmer, wie bekannt, wegen Landesverraths verurtheilt wurden.

Meine Herren! Alle diese Thatfachen dürfen bei Beurtheilung des gegenwärtigen Unternehmens nicht außer Acht gelassen werden — um so weniger, als dieses Unternehmen ja nicht ein plötzliches gewesen ist, das durch die Rekrutierung in Polen hervorgerufen wurde, sondern ein lange vorbereitetes, das mit durch die Rekrutierung zufällig zur Explosion kam. Wie der polnische Aufstand von 1830 unmittelbar nach den Julitagen in Paris und der belgischen Revolution folgte, so gab auch diesmal ein fremdes Unternehmen den ersten Anstoß. Der italienische Krieg war geschlagen, Napoleon hatte das Nationalitätsprincip angerufen und den Italienern ihre Freiheit bis zur Adria in Aussicht gestellt. Er brachte die Lösung nicht zu Stande und nun nahm die Demokratie die Sache in die Hand. Garibaldi und Mikroslawski strebten danach, die italienische und polnische Revolution zu gleicher Zeit in Scene zu setzen, und wenn dieses Projekt auch nicht zur Erfüllung gelangte, so bedurfte die einmal geweckte Idee für Polen doch nur eines kleinen Antostes, den sie mit dem Straßenkampfe in Warschau am 25. bis 27. Februar v. J. finden sollte. Ob die russische Regierung dazu Veranlassung gegeben oder nicht, das ist eine Frage, die hier nicht erläutert zu werden braucht, wie der Gerichtshof unzweifelhaft auch nicht kompetent wäre, über die Beschwerde der russischen Polen zu entscheiden. Es soll dies nur erwähnt werden, weil einer der Herren Verteidiger einmal gefolgert hat, daß — weil Rußland den Polen die Veranlassung zum Aufstande gegeben hat — dieser Aufstand bloß gegen Rußland und nicht auch gegen Preußen sich gerichtet haben könne. Mit demselben Rechte könnte man ja auch folgern, daß das preussische System die Veranlassung zum Aufstande von 1846 gegeben habe, eine Infimiation, die unter allen Umständen zurückgewiesen werden muß. Rußland, meine Herren, hat den letzten Aufstand auch nicht verschuldet, denn die Aufstände machen sich von selbst und auch der gegenwärtige wird nicht der letzte sein, weil die Polen ewig an ihre Wiederherstellung denken werden. Was den letzten Aufstand anbelangt, so steht fest, daß die russische Regierung in der Nacht vom 14. zum 15. Januar die Rekrutierung vornehmen ließ, daß sie auf Widerstand stieß, daß die jungen Leute in die Wälder flohen, dort Waffen erhielten und gemäß der Proklamation der geheimen Regierung handelten, welche alle Polen zu den Waffen rief. Der Kampf nahm größere Dimensionen an, es folgten Buzize aus der Provinz Polen und bald war ganz Kongregpolen das Kriegsfeld. Bis tief in den Winter hinein wurde dieser Kampf fortgesetzt und es waren Vorbereitungen getroffen, daß er im Frühjahr von Neuem entbrennen sollte.

Rußlands energische Maßnahmen bereiteten dies, aber wenn das Unternehmen selbst seitdem auch ruht, so darf doch nicht geschlossen werden, daß es nicht vorbereitet gewesen sei. Der Aufstand ist also nicht unmittelbar hervorgerufen, sondern es sind seine Gründe und Veranlassung zurückzuführen auf die Ereignisse in Warschau. Ich habe gesagt, daß aus diesen Ereignissen ein Nationalkomitee entstand und ich muß auf die Organisation dieser Regierung und ihrer Ziele hier notwendigerweise eingehen, einmal deswegen, weil eine bestimmte Gruppe, namentlich der Westpreußen, in ihrer Thätigkeit in unmittelbarer Beziehung zu der Thätigkeit der National-Regierung in Warschau gebracht und zweitens, weil diese mit dem Posener Komitee in unmittelbarer Verbindung steht. Es führt dies auf die Entstehung der National-Regierung hin. Nach den Geschehnissen des Jahres 1862 dauerten die Demonstrationen gegen die russische Regierung in Warschau fort und die Regierung sah sich genöthigt, unter dem 8. April den Belagerungszustand zu erklären. Aus den Kemberger Papieren erfahren wir, daß schon damals eine Verschwörung sich bildete. Also schon in der Mitte des Jahres finden wir Spuren einer Verschwörung und eines Komitee's. Dieses Komitee nimmt von da ab die Leitung des Landes in die Hand. Es ist bekannt, daß das Land von der Emigration aus geleitet wurde, allein diese hat sich schließlich der National-Regierung unterworfen. Urkundliche Beweise für die Existenz der National-Regierung finden sich in der Korrespondenz zwischen Guttry und Mazurkiewicz. In diesen Papieren finden wir, daß Guttry in den Märztagen ein Mandat zu einer Reise nach Paris erhielt, um die Differenz mit

der Emigration auszugleichen. (Der Redner citirt mehrere Briefe, darunter ein auch beim Angeklagten v. Lubinski aufgefundenen.) Wir finden also, so fährt er fort, daß es in der Intention der National-Regierung lag, einen Aufstand vorzubereiten. Seit dieser Zeit spricht sich die revolutionäre Presse offen über den Aufstand aus. Es liegt vor eine bei dem Angeklagten v. Sulzerzki vorgefundene Nr. 1 des „Ruch“ und außerdem die erste Proklamation des Centralkomitee's vom 1. September 1862. Ich will bemerken, daß „Ruch“ als offizielles Organ der National-Regierung anzusehen ist, denn es findet sich eine Nummer, welche den Stempel der National-Regierung trägt. Würde somit die Existenz der National-Regierung nachgewiesen sein, so ist die nächste Frage: wie war sie organisiert und welche Beweise haben wir dafür? Ich muß auch hier auf die Nr. 5 des „Ruch“ zurückgehen. Dort befindet sich ein Artikel, worin es heißt, daß der russischen Regierung ein Exemplar des Organisationsplanes der National-Regierung in die Hände gekommen sei. Die russische Regierung hat damals durch ihr offizielles Organ diesen Organisationsplan zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Daraus nimmt der „Ruch“ Veranlassung, um zu zeigen, daß man offen gegen die russische Regierung handeln wolle, diesen Plan mitzutheilen, weil sie meint, daß die russische Regierung denselben verfaßt habe. Der Plan beginnt mit den Worten: „Zweck und Maxime der Organisation.“

(Der Redner verliest denselben.)

Meine Herren! Ich bin bereits jetzt auf Schriftstücke eingegangen, die nur durch die Zeitungen mitgeteilt worden sind, theils auch auf Proklamationen, die uns in gewissen Formen vorliegen. Diese tragen indessen den Stempel der National-Regierung und sie gewinnen durch diese äußere Form und deren Inhalt einen Anspruch auf Authentizität. Sie könnten aber doch Bedenken tragen, in welcher Weise diese Schriftstücke einen Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben. Die Stellung des Strafrichters ist jetzt eine andere, als früher. Sie sollen nach Ihrer Ueberzeugung richten und zwar, die Sie selbst gewonnen haben aus der Gesamtheit der Verhandlung, welche sich allerdings auf Beweise stützen muß. Der erkennende Richter hat fortan nach jeder freien, aus dem Inbegriffe der Verhandlungen geschöpften Ueberzeugung zu entscheiden; er ist aber verpflichtet, die Gründe anzugeben, welche ihn dabei geleitet haben. Es kommt also nur darauf an, ob die Beweise, wie sie hier vorgeführt worden, überzeugend sind oder nicht.

Diese Andeutungen mögen genügen, um jedes Bedenken über die Zulässigkeit der von der Anklage vorgebrachten Beweismittel zu beseitigen. Aus dem Inhalte der Papiere, aus dem Orte der Auffindung wird jeder vernünftige Mensch die Ueberzeugung gewinnen, daß man ihnen Glauben schenken muß. Ich glaube daher, daß die Bedenken gegen die Beweismittel beseitigt sind.

Ich komme nun darauf, was das Ziel des Unternehmens der National-Regierung gewesen ist.

Aus der angeführten Nummer des „Ruch“ geht mit unzweifelhafter Klarheit hervor, daß das Ziel dahin ging, das Königreich Polen in den Grenzen von 1772 wieder herzustellen. Es ist aber nicht allein dieser Artikel des „Ruch“, sondern es liegen eine Menge anderer Beweise vor, welche auf dasselbe Ziel hindeuten. Hierzu rechne ich auch die Diktatur des Generals v. Mikroslawski. Daß er Diktator war, ist eine Zeit lang bestritten worden. Indessen es liegen so viele Indicien vor, daß man annehmen muß, er ist dazu von der National-Regierung ernannt worden.

Im Monat März brachten die Zeitungen einen Erlaß, Inhalts dessen die Nationalregierung den Mikroslawski auftrug, die Diktatur zu übernehmen. Diese Notiz in den Zeitungen findet dadurch ihre Bestätigung, daß v. Mikroslawski wirklich auf dem Kampffeld erschien. Wir wissen, daß er Mitte Februar mit den Russen ein Gefecht hatte und geschlagen wurde. Das ist eine Thatfache, die keines Beweises bedarf. Seine Anwesenheit ist auch nachgewiesen worden durch einen Brief des Generalorganisations, der geschrieben ist im Auftrage des Mikroslawski. Es ist aber auch unter den Kemberger Papieren eine Proklamation des Mikroslawski vorgefunden worden, die aber nie publicirt ist, jedenfalls, weil bald darauf zwischen Mikroslawski und der Nationalregierung Differenzen ausgebrochen sind, welche das Ende der Diktatur herbeigeführt haben. Nehmen wir also die Diktatur Mikroslawski als nachgewiesen an, so ist das Ziel des Aufstandes gegeben. Wir müssen festhalten an dem politischen Charakter Mikroslawski's, der von jeher derselbe gewesen ist und auch derselbe bleiben wird. Wir wissen, daß Mikroslawski bei allen Affären, wo es darauf ankam, die gesetzliche Ordnung von oben nach unten zu kehren, sich betheiligte hat. Er ist der reine rothe sociale Demokrat. Seine Versuche, Polen in den Grenzen von 1772 wieder herzustellen, sind durch rechtskräftiges Urtheil festgestellt. Wenn aber ein solcher Führer an der Spitze einer Partei steht, so muß man annehmen, daß die Sache im Sinne dieses Mannes zum Austrag gebracht werden soll und ich glaube, daß man den Mann für so konsequent halten muß, daß er seine Ansichten nicht geändert hat und nicht ändern wird. Er muß sich also in Uebereinstimmung mit der Nationalregierung befunden haben, namentlich in Bezug auf das Ziel des Unternehmens, denn die Nationalregierung konnte ihm unmöglich die Diktatur anvertrauen, wenn sie mit ihm in dieser Beziehung in Differenz war. Durch alles dies spricht sich aber der Gedanke der Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 aus.

(Der Oberstaatsanwalt geht darauf, um die Mitleidenschaft, in welche die preussische Provinzen hineingezogen werden sollten, nachzuweisen, auf die verschiedenen, in Verlauf der Verhandlungen schon mehrfach erwähnten Proklamationen der polnischen Nationalregierung vom 1. September 1862, vom 2. Januar und 16. April 1863 näher ein. Die Proklamation vom 31. Juli wird als die wichtigste für den Zweck und das Ziel des Unternehmens ganz verlesen. In derselben soll die schlagendste Stelle wohl die sein, daß es kein Polen ohne die Kronländer gäbe und daß es Polen tödten heiße, wenn der einen Provinz die Unabhängigkeit erstritten und der andern bestritten werden solle. Nach dem Hinweis auf die Proklamationen vom 15. Dezember 1863 und 18. März 1864 wird auf einige Artikel der revolutionären Presse „Ruch“ und „Demokrata Polski“ hingewiesen, die gleichfalls während der Verhandlungen schon mehrfach citirt worden sind. Dann fährt der Oberstaatsanwalt fort:)

Ich will mich auf diese Mittheilungen beschränken. So viel geht aus allen hervor, daß das Ziel der Nationalregierung die Wiederherstellung der Grenzen von 1772 gewesen ist; dieses Ziel wurde auch durch die Veränderungen in der Diktatur nicht verdrängt und wenn nach Mikroslawski's Fall Langiewicz an die Spitze trat, so galt es bloß bei demselben Ziel das Land vor destruktiven Tendenzen zu schützen, denen namentlich die aristokratische Partei fern bleiben wollte. Der ursprüngliche Plan war keineswegs, von der Wiederherstellung Polens die Provinzen Preußens und Ostpreußens auszuschließen, im Gegentheil es wurde sogar intendirt, daß der Ausbruch des Aufstandes nicht bloß in Kongregpolen, sondern zugleich in Posen, Litthauen und Galizien erfolgen sollte.

Diese Andeutungen finden sich in einem Schreiben Mikroslawski's vom 23. März 1863, das im „Publicist“ und in der „Ständischen Zeitung“ gestanden hat und das ursprünglich dem Redakteur der Generalcorrespondenz in Wien von einem unterrichteten zuverlässigen Korrespondenten zugegangen sein soll. In diesem Schreiben erklärt Mikroslawski: „In Anbetracht endlich, daß namentlich das Centralkomitee in Warschau die Mitwirkung sämtlicher polnischer Länder an dem Nationalaufstande bezeugt und Posen und Galizien davon ausgeschlossen — erkläre ich hiermit, mich vor der Hand von jeder direkten Theilnahme an diesem gegen meine innigste Ueberzeugung, mit halben Mitteln geführten Unternehmen enthalten und einstweilen eine beobachtende Stellung einnehmen zu wollen, welche natürlicherweise je nach der Veränderung der gegenwärtigen Sachlage eine spätere Theilnahme meinerseits nicht ausschließt.“

Aus diesem Schreiben glaubt der Oberstaatsanwalt folgende Schlüsse ziehen zu dürfen:

„Hier wird also allerdings gesagt, die Nationalregierung habe Posen und Galizien von dem Nationalaufstande ausgeschlossen. Das soll nicht etwa heißen: die Länder sind von der Theilnehmung ausgeschlossen, sondern, wie es in der Proklamation vom 1. Februar heißt: diese Theile sollen zum Handeln aufgefordert werden. Wenn also unter dem 7. Februar die Nationalregierung die Bewohner Polens und Galiziens aufforderte, am Kampfe theilzunehmen — ich komme auf diese Proklamation vom 7. Februar wieder zurück — so waren sie von dem Aufstande an und für sich nicht ausgeschlossen; denn gerade durch die Aufforderung wurden sie auch in den Kampf hineingezogen, das liegt in der Proklamation. Wenn also Mikroslawski unter dem 28. März, zu einer Zeit, wo die Theilnehmung der Kongregpolen eine fortwährende war, von dem Nationalkomitee den Vorwurf macht: Ihr habt den Aufstand begrenzt; Ihr habt Polen und Galizien ausgeschlossen — so kann es nichts weiter heißen, als: Ihr habt den Aufstand nicht in ganz Polen ausbrechen lassen. Denn es war ja verabredet zwischen

Mikroslawski und Garibaldi, daß der Ausbruch der Revolution sich nicht bloß auf Kongregpolen beschränken, sondern daß das Volk die Fahne des Aufstandes aufstecken sollte, und das sollte das Zeichen für die ganze europäische Demokratie sein. Es kann das nichts weiter heißen, als: Ihr habt befohlen, daß der Aufstand in den preussischen und östreichischen Theilen noch nicht zum Ausbruch kommen soll — und dazu hatte die Nationalregierung recht gute Gründe, auf die ich noch zurückkommen werde. Es läßt sich daraus die Folgerung ziehen, daß es ursprünglich beabsichtigt war, mit dem Aufstande in Warschau zugleich den Aufstand auszudehnen über Posen und Galizien.“

Dieses Schreiben, fährt der Oberstaatsanwalt fort, ist also vom 23. März datirt, und die Proklamation der polnischen Nationalregierung datirt von 7. Februar. Ich muß auf diese Proklamation näher eingehen (verliest dieselbe). Sie finden also hier einen Gegenlag aufgestellt zwischen einem Aufstande selbst am Aufstande und einem Aufruf zum Handeln. Am Aufstande selbst soll sich nur Kongregpolen betheiligen, an Handeln alle preussischen Kronländer, die nicht unmittelbar in den Aufstand hineingezogen werden sollen. Es ist dies auch deutlich genug zu verstehen gegeben, weshalb nicht die preussischen und östreichischen Provinzen, weil die Polen nämlich fürchten, zu schwach zu sein, als daß sie Rußland, Preußen und Oesterreich auszuweichen könnten. Dieser Gedanke, daß nicht alle drei Mächte auf einmal bekämpft werden können, wird auch in der revolutionären Presse ausgesprochen.

Sonach kann das eigentliche Ziel der National-Regierung sein anderes gewesen sein, als die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 und zwar in gewaltsamer Weise. Die Theilnehmung preussischer Unterthanen kann nur eine gewaltsame Losreißung preussischer Provinzen zum Zweck gehabt haben. Es läßt sich auch nicht im Entferntesten annehmen, daß Preußen und Oesterreich von dem Aufstande ausgeschlossen sein sollten, und wenn er bloß auf Kongregpolen sich beschränkte, so lag dies in strategischen Rücksichten. Noch ist daran zu erinnern, daß Oesterreich, welches sich den Schritten der Westmächte gegen Rußland angeschlossen und das auch eine katholische Macht ist, trotzdem eine Verschwörung in Galizien ausbrechen sah, und wenn dies in Oesterreich geschehen, was war gegen Preußen zu erwarten, dessen Regierung sich der polnischen Sache sehr günstig gezeigt hatte?

(Fortsetzung folgt.)

Um 2½ Uhr erklärt der Oberstaatsanwalt, daß er nicht im Stande sei weiterzureden, und es wird deshalb die Sitzung abgebrochen.

Auf Befragen des Professors G. e. ist erklärt der Oberstaatsanwalt sich damit einverstanden, daß zunächst der allgemeine Theil vollständig protokolliert, und daß demnach erst zu den Specialanklagen übergegangen werde. Nächste Sitzung morgen (Donnerstag) 9½ Uhr.

## Bermischtes.

\* Die „Gazzetta del Popolo“ von Florenz erzählt von einem glücklichen Versuche, durch Photographirung der Neghaut eines gemordeten Individuums die letzten Bilder, welche dieselben aufgenommen, mit hin wahrscheinlicher Weise die Gesichtszüge des Mörders zu erhalten. Man hat auf Veranstaltung des Polizei-Chefs die Neghaut der unglücklich ermordeten Frau Spagnoli mit äußerster Sorgfalt und in vergrößertem Maßstabe photographirt und in dem Lichtbilde den unteren Theil, so wie die rechte Wange eines Gesichtes deutlich hervortreten sehen. Dieses Gesicht ist nun das getreue Abbild eines der beiden Individuen, die unter dringendsten Verdachtsgründen als Urheber dieser Mordthat festgenommen worden sind. Es würden hiedurch die bisher als Fabel angesehenen Berichte über derartige in Amerika angestellte Versuche einen hohen Grad von Glaubwürdigkeit gewinnen. (?)

\* Paris, 14. Nov. Vorgestern stand der bekannte „Aurel Anton“ von Gottes Gnaden und durch den nationalen Willen König von Araucanien und Patagonien, vor dem Pariser Zuchtpolizeigericht. Derselbe war nämlich der Betrügerei angeklagt, weil er unter obigem Titel 2500 Franken Schulden gemacht hatte. Die Kläger stützten sich darauf, daß der angebliche König einfach der Ex-Anwalt de Tonnens von Perigueux sei. Der Angeklagte hielt jedoch sein Recht auf seinen Kognistitel aufrecht und der Hof erließ folgendes Urtheil: Der Gerichtshof, in Anbetracht, daß der Angeklagte, indem er den Titel eines Prinzen und Königs von Araucanien trug und sich zueignete, unter dem Einflusse eines chimärischen Gedankens und chimärischer Thatfachen, die jedoch von seinem Standpunkte aus in Wirklichkeit bestanden, handeln konnte; daß deshalb das Vergehen des Betruges nicht vorliegt, ist der Anklage, seine Freisprechung auszusprechen und ihn der gegen ihn gerichteten Anklage zu entheben.“

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 16. Nov. Prinz Friedrich Karl lehrt am Freitag zur rüd. — Die 4. Deputation des Kammergerichts, Civilsenat, erkannte in mehreren Fällen dahin, der Fiskus ist verpflichtet, den richterlichen Angeordneten die Stellvertretungskosten zu erstatten.

Wien, 16. November, Abends. Gegen die Banden in Triest ist das Standrecht publicirt worden. — Dalmatinische Berichte theilen mit, daß in Montenegro Unruhen vorbereitet werden. — Die Majorität des vom Abgeordnetenhaus gewählten Adreßausschusses ist ministeriell. Heute Abend fand die erste Sitzung, die lebhaft war, statt.

(Tel. Dep. d. Schles. Ztg.)

## Angekommene Fremde.

Vom 17. November.

GEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Landschaftsrath v. Jagomicki aus Domrow, die Rittergutsbesitzer v. Korytowski aus Rogowo und Frau v. Plucinska aus Janow, Probst Wjshynski aus Kozimierz, Amtsrath Klug aus Wroclaw, Inspektor Zaborowski aus Diezmarch, Bartikular v. Goslinowski aus Kempten.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Böhm, Spieger und Falt aus Berlin, Arendt aus Lüttich, Maas und Romm aus Stettin, Eigner und Cristel aus Berlin, Fabrikant Schelhorn aus Glandau, die Rittergutsbesitzer v. Bernuth aus Kabbellau und Rollin nebst Frau aus Gowerczewo, die Regierungssassessoren Graf Reventlow aus Berlin, und Gregor aus Posen, Kaufmann Goldschmidt aus Hamburg.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Geh. Regierungsrath Schirmer aus Pommern, Major Babis nebst Familie aus Schrimm, Kaufmann Wartenberg aus Berlin, Regierungsrath Endell aus Potsdam, Rittergutsbesitzer Schrader aus Bismarke.

SCWARZER ADLER. Wirtschaftler v. Narmanski aus Drzechowel, Frau Bator Potenbauer aus Grochwiz, Gutsbesitzer v. Sulikowski nebst Frau aus Drojyn.

HOTEL DU NORD. Gutsbesitzer v. Skarynski aus Sokolowo und Probst Stasiowski aus Mrokonos.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Szczanielski aus Miendzychob, Frau Radonska aus Kockalwogorza, Gebrüder Bradynski aus Biskupice, Graf Botulicki aus Gr. Jezory und Frau Radonska aus Kozjut, Baron Chmielewski aus Doczno, Fräulein Defner aus Ungarn.

HOTEL DE BERLIN. Domänenpächter Volkmann und Fräulein Volkmann aus Marienthon, die Gutsbesitzer Frau Golin aus Neuboh, Witte aus Linichen und Harmel aus Lesniewo, Landwirth Friedmann aus Ob. Bomsdorf, die Rentiere Conrad nebst Frau aus Karlsböhde und Reich nebst Frau aus Ansbach, Defonometromissarius Chirig aus Deutsch-Wartenberg, Oberförster Lemke aus Waise, Expedient Riedel aus Alt-Böhen, die Kaufleute Bock aus Berlin, Speyer und Dambitsch aus Breslau und Donath aus Lissa.

HOTEL DE PARIS. Pächter Koperski nebst Tochter aus Romieski, Frau Kierska aus Polaszewo, Gutsverwalter Jakiewicz aus Niegolemo.

PRIVAT-LOGIS. Die Rittergutsbesitzer F. und E. v. Kalkstein aus Mielehahn, Ramonenplatz Nr. 5.

(Beilage.)



## Inserate und Börsen-Nachrichten.

**Bekanntmachung,**  
betreffend die Vernichtung der eingelieferten Rentenbriefe der Provinz Posen.

Verhandelt im Amtsstofe der königlichen Rentenbank zu Posen, am 12. November 1864.

Nach Vorschrift der §§. 46. und 47. des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 sollen die auf Grund planmäßiger Auslösung gelieferten und der Rentenbank gegen Baarzahlung zurückgegebenen Rentenbriefe vernichtet werden.

Dazu gelangen heute diejenigen Rentenbriefe, welche seit der letzten Vernichtung bis zum 7. d. Mts. präsentiert worden und mit den nicht fällig gewordenen Zinskuponen in dem, bei den Ämtern befindlichen speziellen Verzeichnisse vom 10. d. Mts. nach Nummern und Beträgen angegeben sind.

Dieselben bestehen aus:

1) Litt. A. zu 1000 Thlr.	34 Stück.
2) " B. " 500 " "	9 " "
3) " C. " 100 " "	29 " "
4) " D. " 25 " "	26 " "
5) " E. " 10 " "	201 " "

Dasselbe Verzeichniß ergibt demnachst auch noch diejenigen Kuponen, welche bei der früheren Vernichtung der betreffenden Rentenbriefe eingeleistet worden sind.

Bur Vernichtung dieser Papiere war auf heute Termin anberaumt und der Termin unter dem 24. Oktober c. öffentlich bekannt gemacht worden.

Es sind erschienen:

- als Abgeordnete der Provinzial-Verwaltung: Herr Stadtrat, Major a. D. v. Tressow,
- als Notar: Herr Rechtsanwalt Mügel.

Die oben bezeichneten Dokumente an Rentenbriefen und Kuponen, welche aus dem verschlossenen Verzeichniß herausgegeben worden waren, wurden speziell nachgezählt, mit dem

Dienstag, den 22. d. Mts., eröffne ich Mühlenstraße Nr. 21. meine neu eingerichtete, mit einem römischen Bade versehene Badeanstalt und empfehle sie zur geneigten Beachtung.

**T. Bischoff.**

In einer Beamtenfamilie in Danzig finden kleinere Pensionäre, namentlich Mädchen noch nicht schulpflichtigen Alters liebevolle Aufnahme und mütterliche Pflege. Hierfür Retirende wollen ihre Angaben, A. B. K. wicz poste rest. einfinden.

Nr. 55., 1 Treppe, Markt, **Zum Ausverkauf,** Nr. 55., 1 Treppe.  
**Barège** in allen Farben, die Elle 1 1/4 Sgr.,  
**Paletots und Mäntel**, von 6 Thlr. bis 8 Thlr.,  
**Grinolins**, die größten 20 Sgr., kleine 5 Sgr.,  
**Nordische Barège**, 2 1/2 Sgr.,  
**Wollene Hauben**, 4 1/2 Sgr. und 8 1/2 Sgr.  
**Kleiderstoffe** zu herabgesetzten Preisen.  
**Weiss-Waaren** und noch andere Gegenstände.

Nr. 55., 1 Treppe, Markt, **Zum Ausverkauf,** Nr. 55., 1 Treppe.

**Teppiche,**  
 Teppichzeuge, Läuferstoffe,  
 Cocosmatt-Matten etc. etc.  
 in größter Auswahl empfiehlt  
**Robert Schmidt**  
 vormals Anton Schmidt,  
 Posen,  
**Markt Nr. 63.**

**Mäntel**  
**Paletots**  
**Jaquets**  
**Näher**  
**Sacken**  
**Kleiderstoffe**  
 für Damen und Kinder,  
 in größter Auswahl bei  
**S. H. Korach.**

Ein guter Flügel ist zu vermieten, Fischereiplatz 16.

**Oberschlesische Steinkohlen**  
 in Wagenladungen ab Bahn und mit Anfuhr, auch tonnen- und scheffelweise frei ins Haus, empfiehlt billigst  
**die Kohlen-Niederlage**  
 von **Moritz Toeplitz,**  
 Schuhmacherstrasse Nr. 8.

gedachten Verzeichnisse derselben verglichen, damit übereinstimmend befunden und hierauf im Beisein sämtlicher unterzeichneten Kommissarien durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.  
 gez. v. Tressow. Mügel.

gez. Winkler. Tschertth. Hochberger. Spangenberg. Seier.

Vorstehendes Protokoll wird auf Grund des §. 48. des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Posen, den 12. November 1864.

**Königliche Direktion**  
 der Rentenbank für die Provinz Posen.

**Möbel-, Bücher-, Cigarren- und Kleider-Auktion.**

Zu Auftrage des königlichen Kreisgerichts hier werde ich am **Freitag, den 18. November c.**, von 9 Uhr Vormittags ab, im **Auktions-Lokale, Magazinstrasse Nr. 1.** Möbel, als: Kleiderstühle, Schreibstühle, Tische, Stühle, eine Partie guter Cigarren, Herren-Garderobe, Tuche, Porzellan, Bücher, Betten, sowie Haus- und Wirtschaftsgüter etc. etc. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.  
**Kycklewski,**  
 gerichtlicher Auktionator.

Ein Pächter für einen bedeutenden Güter-Complex im Königreich Polen, nahe an Eisenbahn und Warschau gelegen, in vortheilhaften Wirtschaftsverhältnissen wird sofort gesucht. Das Nähere erteilt die Expedition dieses Blattes.

Ein Vorwerk mit Fabrikbetrieb, enthaltend 400 Morgen Magd. f. g. Boden, 1/2 Meile von der Chaussee, ist sofort mit voller Ernte und gutem Inventar zu verkaufen. Hypotheken fest. — Anzahlung ca. 6000 Thlr. Abh. durch die Exp. d. Btg.

Von einem Grundstücke im besten Theile der Stadt ist die Miete auf mehrere Jahre unter vortheilhaften Bedingungen zu verpachten. Näheres in der Expedition der Zeitung.

**Echte Harzer Kanarienvögel.**  
 Die feinsten, besten Sorten, auch billigere, welche schon hochrollen, klug, flüchtig, nachtigallisch und auch welche des Abends bei Licht singen, treffen in einigen Tagen hier in Reiler's Hotel ein.

**Englische Schmiedekohlen**  
 empfing wieder per Bahn in vorzüglicher Qualität und empfehle zu ermäßigten Preisen billigt  
**Moritz Toeplitz,**  
 Schuhmacherstr. 8.

Von der jeden Zahnschmerz augenblicklich stillenden  
**Zahnwolle**  
 à Hülfe 2 1/2 Sgr.  
 befindet sich das Haupt-Depot für die Provinz Posen in  
**Elsner's Apotheke.**

**Importirte Savannah-Cigarren.**  
 Eine bedeutende Partie importirter Savannah-Cigarren in den Preisen von 18 Thlr. bis 100 Thlr. und darüber bis zur feinsten Sorte soll in Folge der jetzigen Geschäftsstockung sehr preiswürdig verkauft werden.  
**Probetischen** von 500, 250 und 100 Stück werden gegen Einfindung des Betrages oder Postvorschuß prompt verkauft. Auf Verlangen wird die Waare steuerfrei geliefert.  
**Nath. Horwitz,**  
 Hamburg.

**Nacht Culmbacher Lagerbier**  
 von vorzüglichster Güte, aus der Brauerei von **J. M. Hübner** in Culmbach, hält stets auf Lager und empfiehlt  
**L. Tilsner.**

Frischer **Malz-Extrakt** (Gesundheits-Bier) nur aus der Brauerei des Hgl. Hoflieferanten Herrn **Joh. Hoff** in Berlin, **Neue Wilhelmstr. 1.**, ist echt zu haben bei **L. Kletschoff**, Krämerstr. 12.

Ein tüchtiger **Ziegeler**, der auch Drainröhren zu machen versteht und mit Dorf Ziegel brennen kann, findet sofort ein Unterkommen. Zu erfragen in der Exped. d. Btg.

Ein **Bureauhelfer**, der beider Sprachen mächtig ist und Notariats-Akte schön zu schreiben versteht, wird sofort gesucht bei dem Rechts-Anwalt und Notar **Ahtemann** in Santer.

Ein **Jüngling**, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, der ein gutes Zeugniß eines Oberlehrers eines Gymnasiums nachweisen kann, sucht als Lehrling in einem größeren Geschäft, einer Fabrik oder bei einem Distriktskommissarius sofort ein Unterkommen. Das Nähere wird auf Briefe **R. M. Z.** poste restante in **Nowarclaw** erteilt.

**10 Thaler Belohnung.**  
 Wer mir den Aufenthalt der Frau **Leopoldine Taraszkowa** verheißene Konjunktions-Heils zu **Doornik** so nachweist, daß dieselbe zur Personhaft gebracht werden kann, erhält sofort nach der Inhaftierung obige Belohnung. Die oben Genannte soll sich laut Bericht des königl. Kreisgerichts zu **Posen** nach dem Königreich **Polen** begeben haben.  
**M. S. Cohn**  
 in **Schwerin a. d. Warthe.**

**Berichtigung.**  
 Die **Sächsische Zeitung** bringt in der gestrigen Nummer die Nachricht, daß der beim Bau der neuen Posthalterei verunglückte **Maurer-Geselle** bereits seinen Geist aufgegeben habe. Der Mann lebt — Gott sei Dank — und soll Hoffnung zu seiner Wiederherstellung vorhanden sein.  
**R. Gerlach,**  
 Posthalter.

**Neuer dokumentaler Beweis**

von den unübertrefflichen Eigenschaften eines Gesundheitsgetränkes, des **Hoff'schen Malzertrakt-Gesundheitsbieres**

(Brauerei des Hoflieferanten **Johann Hoff**, Neue Wilhelmstraße 1. in Berlin).  
 „Nach mehr als zehnjährigem, fortwährendem Kränkeln meiner Frau, zu welchem im letzten Jahre noch **Fiebers, Husten** und **nächtlich kalter Schweiß** trat, so daß sie selbst nach Aussage der Herren Aerzte der Auszehrung kaum entgehen konnte, nahm ich meine Zuflucht zu Ihrem so vortrefflichen **Malzertrakt-Gesundheitsbier**, und hatte die Freude, schon nach dem Verbrauch der zehnten Flasche das Fieber und den bösen Schweiß schwinden zu sehen. Jetzt nach 6 Wochen, ist die Patientin so weit wieder hergestellt, daß sie schon wieder ihre kleinen häuslichen Arbeiten selbst verrichten kann.“  
**Sachmann**, Beamter an der Niederschles. Eisenbahn zu Breslau.

Niederlage in Posen bei  
 Herren **Gebrüder Plessner**, Markt 91.

Eine neue Sendung  
**Petroleum**  
 (Amerikanisches Erdöl)

hat in best gereinigter Waare erhalten und offerirt in Originalgefäßen von circa 2 1/2 Ctr. à 12 1/3 Thlr.

**Adolph Asch,**

Schloßstraße Nr. 5., unweit des Marktes.

**Frische Kieler Sprotten**

a 10 Sgr. pro Pfd.  
 empfiehlt **Isidor Appel**, neb. d. f. Bank-  
 Feb. Hechte u. Bander Donnerst. Ab. 6. Kleischhoff.

Thorstr. 12. ist 1 möbl. Zimmer z. verm.

Möblierte Zimmer sogleich zu vermieten Gartenstraße Nr. 13.

**Friedrichstraße Nr. 28.** im Gartengebäude quervor, parterre rechts, ist ein geräumiges, gut möbliertes Zimmer zu mäßigem Preise zu vermieten und sofort oder zum 1. Dezember zu beziehen.

Eine möblierte Stube ist billig zu vermieten **Wilhelmsplatz 8. 3 Treppen.**

**Kindenstraße 1.**, zwei Treppen hoch, sind zwei Stuben sofort zu vermieten.

**Wilhelmsplatz 6** sind 2 gr. Pferdeställe mit 1 Wagenremise, auch zu Lager. passend, zu vermieten.

Die Niederlassung eines evangelischen praktischen Arztes in einer Stadt hiesiger Provinz mit über 2000 Einwohnern und guter Praxis wird gewünscht. Denselben dürften auch noch andere Ausichten zur Seite stehen, wenn die Niederlassung bald erfolgt. Wo? sagt die Expedition dieser Zeitung.

Ein unverheirateter **Wirtschaftsbeamter**, in den 20er Jahren, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, welcher einige Jahre selbstständig gewirtschaftet und die besten Zeugnisse zur Seite hat, sucht bald oder zu Neujahr ein Engagement. Gefällige Offerten bitte franco unter Chiffre **G. R.** poste restante **poln. Lissa** einzufenden.

Ein tüchtiger **Ziegeler**, der auch Drainröhren zu machen versteht und mit Dorf Ziegel brennen kann, findet sofort ein Unterkommen. Zu erfragen in der Exped. d. Btg.

Ein **Bureauhelfer**, der beider Sprachen mächtig ist und Notariats-Akte schön zu schreiben versteht, wird sofort gesucht bei dem Rechts-Anwalt und Notar **Ahtemann** in Santer.

**Markt Nr. 55.**

wird ein Lehrling gesucht.

Auf das Inserat der Posener Zeitung Nr. 257, den 2. Novbr. c. datirt **Schneidemühl** 29. Oktbr., in Betreff der Begräbnisfeierlichkeit des vormaligen Landgerichts-Präsidenten **Grafen v. Rydzynski zu Niezychowo** etc., ist zu Ende besonders hervorgehoben, daß die dafür von der geistlichen Stelle in **Koszowo** liquidirten und erhobenen Stollgebühren und Missfallen sich auf ca. 950 Thlr. belaufen haben, wird hiermit erwidert:

daß die Angabe nicht der Wahrheit gemäß sei und eine falsche Deutung involvire. — Die Kosten haben sich nur auf 850 Thlr. belaufen und zwar nicht als Stollgebühren und Missfallen, sondern wie in der Quittung vom 21. Oktbr. ausdrücklich vermerkt: „für Begräbnis und Kirchengebühren inklusive Honorar für 12 Geistliche und der betreffenden Kirchendiener, wie auch für gastliche Aufnahme und Bewirtung der Geistlichen nebst deren Leute.“ Es scheint hierbei auf den Kostenpunkt anzukommen — aber es sollte ja gräulich fein und an nichts fehlen.

Um ein stärkeres Gedächtnis zu erhalten und Alles, was man hört und liest, leichter behalten zu können, kaufe man

**Die Kunst, ein vorzügliches Gedächtnis**

zu erhalten, auf **Wahrheit, Erfahrung und Vernunft** begründet. Zum Besten aller Stände und aller Lebensalter herausgegeben vom

**Dr. C. Hartenbach.**

8. verb. Aufl. Preis 10 Sgr.

Vorräthig in der Buchhandlung von  
**J. J. Heine** in Posen.  
 Markt 85.

Als Weihnachtsgeschenk wird empfohlen:

**P**ierer's Universal-Lexikon.

= 4. Auflage. =

Der 19. (Schluss-) Band erscheint noch in diesem Jahr. — Dasselbe ist sodann von dem komplett vorliegenden Conversations-Lexicis das **neueste und vollständigste** und kann **auf einmal oder nach und nach** durch alle Buchhandlungen bezogen werden, in **Posen** durch

**Louis Türk**, Wilhelmpl. 4.

Alle von anderen Buchhandlungen zu sogenannten **herabgesetzten Preisen** angezeigten Werke liefern ich in denselben **Einbänden und Ausgaben** stets zu noch billigeren Preisen.

**Joseph Jolowicz,**

Markt 74.

**Saal Stern (Casino).**

Montag, den 28. November 1864:

**Extra-Sinfonie-Soirée**

zum Vortheil der Pensions-Zuschusskasse für die Musikmeister des königl. preuss. Heeres.

**PROGRAMM.**

- 1) Ouverture zu „Anacreon“ . . . . . **Cherubini.**
  - 2) Sinfonie D-dur (Nr. 2) . . . . . **van Beethoven.**
  - 3) Concertstück für Pianoforte und Orchester . . . **C. M. v. Weber.**
  - 4) „Der Gang nach dem Eisenhammer“ (Ballade von Schiller), Musik von . . . . . **Bern. Ans. Weber.**
- Billets zu numerirten Sitzplätzen à 10 Sgr. sind in der Hof-Musikalien-Handlung von **Ed. Bole & G. Bock** zu haben. Am Concerttage kostet das Billet 15 Sgr., an der Kasse 20 Sgr.

**E. Ruschewey.**

Freitag den 18. zum Abendbrot: **Cisbeine** bei **Vogl**, H. Gerberstr. 7.

Heute **Donnerstag**, den 17. November **Cisbeine** bei **A. Kuttner**, Halldorfstr. 2.

**Donnerstag** den 17. c. **Cisbeine** bei **Baro**, St. Martin 28.

**Donnerstag** den 17. c. **Cisbeine** bei **Baro**, St. Martin 28.

Die Verlobung meiner jüngsten Tochter **Henriette** mit dem Kaufmann **Hrn. Adolph Heilbronn** aus **Samarzewo**, beehre ich mich statt jeder besonderen Meldung anzuzeigen.  
 Posen, den 16. November 1864.  
**Wwe. S. Kantorowicz.**

Als Verlobte empfehlen sich:  
**Henriette Kantorowicz,**  
**Adolph Heilbronn.**  
 Posen, den 17. November 1864.  
**Stanislaus Rantjewski, Badermeister.**

Die gestern 9 1/2 Uhr Abends erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Otilie**, geb. **Heinze**, von einem Sohne zeigt ergebnis an **Posen**, den 17. November 1864.  
**Stanislaus Rantjewski, Badermeister.**

Heute früh um 7 Uhr verschied nach längerem Leiden mein innigst geliebter Gatte, der Stabs- und Bataillonsarzt im königlichen 4. Pommerischen Infanterie-Regiment Nr. 21., **Dr. Heinrich Frank**, an der Unterleibsschwindsucht. Theilnehmenden Freunden u. Bekannten widme ich diese Anzeige statt besonderer Meldung.

Gnesen, den 14. November 1864.  
**Elise verw. Frank geb. Ohlen.**

**Auswärtige Familien-Nachrichten.**  
**Verlobungen.** Hr. A. Martens mit dem Maurermeister **H. Krüger** in Magdeburg. Hr. **Job. Ende** mit dem Maschinenbauereibesitzer **A. Hamann** in Berlin. Hr. **A. Fuß** mit dem Premier-Lieutenant **H. Meise** in Frankfurt a. O., Hr. **K. Lindmüller** mit dem Stabsmeister **H. Krehen** in Ludaun, Hr. **M. Hilsmann** mit dem Premier-Lieutenant **Alb. Gieswald** in Liebenwalde, Hr. **M. Klug** in Giesels mit dem Rector und Frühlingsbegleiter **H. Mittelhausen** in Treptow a. H., Hr. **Eber. Schüttelov** mit dem Drechslermeister **A. Junge** und Hr. **M. Reichwagen** mit dem Kaufmann **H. Dietrich** in Berlin.

**Geburten.** Ein Sohn: dem Stadtgerichtsrath **Steinhausen** in Berlin, dem Professor **Dr. Rindfleisch** in Zürich, dem Prem.-Lieutenant **a. D. v. Brühl** in Augsburg, dem b. **Brenz-lau**, dem Prem.-Lieut. a. D. und Gutsbesitzer **W. v. Schulz** in Kreuzbrunn, dem Major **C. v. Brauchlich** in Lachen. — Eine Tochter: dem Kreisrichter **Hilbrand** in Belgard, dem **Hrn. v. Griesheim** in Barmen und dem Hauptmann **Brandenburg** in Stralsund.

**Todesfälle.** Apotheker **Wilski** in Jarmen a. H., Pastor **Frider** in Scherlinau b. Stendal, verw. **Fr. v. Arnim** in Moskow, **Dr. phil. C. Wilde** in Berlin, Bankdirector **a. D. Geh. Finanzrath Jänsch** in Neumied.

**Stadt-Theater in Posen.**  
 Donnerstag: Erstes Gastspiel des Herrn **William Lutz** vom Royal-Saddlers-Wellst-Theatre in London: **Engländer**. Lustspiel in 1 Akt von **Görner**. — Dramatische Vorlesung in deutscher Sprache von Herrn **William Lutz** über Shakespeares „**Hamlet**“ — Ein **Federfuchser**. Posse mit Gesang in 1 Akt nach **Ant. Vanger**.

Freitag, erste Opern-Vorstellung: **Der Postillon von Conjean**. Komische Oper in 3 Akten von **Adam**. **Madelaine** — **Fräul. Rhode**. **Chapelon** — **Herr Venz**. **Bijou** — **Herr Schön**. **Marquis de Corey** — **Herr Grunow**. Sonnabend Vorstellung.

**Saal Bazar.**  
 Sonnabend den 19. November 1864  
 Abends 7 1/2 Uhr  
**CONCERT**  
 der Violin-Virtuosin  
**Fräul. Charlotte Deckner**  
 aus Ungarn.

**Programm wie bekannt.**  
 Billets zu numerirten Sitzplätzen à 15 Sgr. sind in der Hof-Musikhandlung der Herren **Ed. Bole & G. Bock** zu haben.  
**Kassenpreis 20 Sgr.**



